

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Geschäftsverwalter:
Ernst Hiltinghaus, Berlin.
Telefon: Amt Berlin 4199/4198



Abdruck für Verlag und Geschäftsverwalter:
Berlin G2 61, Tele. Hiltinghaus-Platz 6
Telegraphisch: Copalind

Die Zeitung ist nur auf Grund eines Abkommens zwischen dem Verlag und dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda zu veröffentlichen.

Berlin, den 31. Okt. 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Russland ohne Schminke.

SPD. Aus Moskau wird uns geschrieben: Wer über Negoreloje nach Moskau fährt, sieht in der neuen, schönen Halle dieses Grenzbahnhofes das erste "Bild" russischen Lebens. In einem Wandgemälde, das die Seiten des Zollsaaes völlig bedeckt, wird gezeigt, wie unter dem Regime der Sowjet-Union die Fabrikschlote emporwachsen, und wie heitere Bauern, von lächelnden Arbeitern und Rotarmisten unterstützt, Berge von goldgelbem Getreide von den Feldern ernten. Im Hintergrunde sind schwere Lastautos zu sehen, die nur mühsam ihre kostbare Last von ausgedroschenem Korn den Mühlen zuführen, von wo, wie man aus diesem verführerischen Bilde errahnen sollte, Brot und Nahrung in ungemessener Menge sich über das Land verteilt.

Wachstum, Fülle, Harmonie und Friede... Es könnte nicht schöner sein, und der Eindruck ist, wenn man ihm kritiklos nachgeben wollte, genau so überwältigend wie der Anblick aller dieser imposanten Fotografien, die eine geschickte Propaganda in ganz Deutschland zur Auslage bringt. Die Wirklichkeit ist ganz anders, und so völlig verschieden von dem Schein, der durch diese bildlichen Darstellungen, durch Artikel und Propagandaschriften erweckt wird, dass es für den Augenblick vielleicht sogar schwierig sein wird, Glaubwürdigkeit für eine realistische Darstellung der Lebensverhältnisse in der Sowjet-Union zu finden. Es ist nur ein verschwindend geringer Teil der Bevölkerung, wie z.B. die Mitglieder der GPU, der Armee und der Bürokratie, der noch von der allgemeinen Verelendung des russischen Volkes bis zu einem gewissen Grade ausgenommen ist. Allen übrigen Schichten der Bevölkerung geht es schlecht, so schlecht, dass sie einer allgemeinen Unterernährung anheimgefallen und Millionen von der unmittelbaren Gefahr des Verhungerns bedroht sind. Es ist nicht nur die bäuerliche Bevölkerung, die nach der Kollektivierung des Bodens vor dem völligen Bankrott ihrer Betriebe steht, auch die Arbeiterschaft ist in diesen allgemeinen Zusammenbruch des russischen Wirtschaftssystems einbezogen.

Es gibt in der ganzen Welt keine Arbeiterschaft, deren Rechte geringer, deren Lohnverhältnisse schlechter, deren Verpflegung und Bekleidung elender wäre. Es ist erschütternd, zu sehen, wie in diesem Lande, das den Namen der ersten sozialistischen Republik für sich in Anspruch nimmt, durch die Diktatur einer kleinen, vom Volkswillen in keiner Weise getragenen, zur Erfüllung ihrer sachlichen Aufgaben völlig ungeeigneten Schicht, die grosse Menge derer, die Hammer und Sichel wirklich zu schwingen haben, sich in ein graues Heer von Arbeitssklaven verwandelt hat. Keine zaristische Despotie hat solche Zumutungen an die Arbeiterschaft gestellt, sie unter einen so eisernen und unbittlichen Zwang genommen wie das Regime dieser Leute, denen die Verhältnisse längst aus den Fingern geglitten sind.

Es gibt in den russischen Betrieben das sogenannte Trugolnik, das "Dreieck", das aus dem politischen Direktor des Betriebes, dem technischen

Direktor und dem sogenannten Vertreter der Arbeiterschaft besteht. Der technische Direktor ist im allgemeinen ein Spezialist aus der alten zaristischen Zeit oder dem Auslande und spielt für die allgemeine Verwaltung des Betriebes kaum eine Rolle. Der politische Direktor hingegen ist von Moskau ernannt, und der sogenannte Vertreter der Belegschaft ist ebenfalls ein Mitglied der kommunistischen Partei, das trotz des Anscheins einer Wahl von Moskau aus dem Betriebe aufoktrahiert wird. Wenn dieser Vertreter der Belegschaft sich auch Arbeiter nennt, so hat er doch mit der Arbeit nichts mehr zu tun. Er ist in Wirklichkeit nur noch mit Verwaltungsarbeiten beschäftigt, und steht den Lebensverhältnissen, dem Denken und Empfinden der Arbeiterschaft bald so fern wie alle diese "roten" Direktoren und Bürokraten, die längst von der "harten" Klasse des Lebens zur "weichen" herübergefunden haben.

Zu sagen hat ausser ihnen in den Betrieben niemand etwas, am allerwenigsten die Belegschaft. Man hat aus dem Komsomol, dem Jugendverband der kommunistischen Partei, ein gefügiges Werkzeug gemacht, um die Arbeiterschaft unter einen Druck zu setzen, wie er zu den schlimmsten Zeiten des Manchestertums unbekannt war. Diese jungen Kerle, denen jede Erfahrung des Lebens noch fehlt, die für keine Familie zu sorgen haben, und die man in eine ehrliche Begeisterung für die Zukunft des kommunistischen Regimes hereingehetzt hat, werden dazu benutzt, um allen Anordnungen der politischen Direktion einen Anschein von Freiwilligkeit zu geben.

Wenn z.B. Ueberstunden gemacht, wenn den Ruhetag über durchgearbeitet werden soll, wenn die Lohnsätze heruntergesetzt werden sollen, wenn die Belegschaft Anleihen zum Bau von Tanks und Flugzeugen zeichnen soll, dann haben sich diese Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes zu diesen schönen Aufgaben immer freiwillig zu melden. Wer sich diesen "Freiwilligen" dann nicht anschliesst, sondern seine Freizeit und seinen Lohn für sich und seine Familie haben möchte, kommt an das schwarze Brett des Betriebes und wird zum Klassenfeind gestempelt.

Die Arbeit ist zum Zwang geworden. Jeder hat zu arbeiten, soweit es ihm seine physischen Kräfte nur eben gestatten, und selbst darüber hinaus. Die Elementarrechte der Arbeiterschaft, zu deren Erkämpfung in den westeuropäischen Ländern Generationen von Arbeitern gelitten haben, sind in dieser "sozialistischen" Republik mit einem Federstrich beseitigt worden. Es gibt in den Belegschaften weder das Recht zur Bildung eigener gewerkschaftlicher Vereinigungen, noch das Recht, von dem letzten Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes, dem Streik, Gebrauch zu machen. Wer ausserhalb der staatlichen Gewerkschaft eine eigene Vereinigung der Arbeiter zur Vertretung ihrer Interessen zu bilden suchte, dem würde das gleiche Schicksal widerfahren, dem noch kürzlich die Führer eines örtlichen Textilarbeiterstreiks verfielen: man würde sie zur Vernehmung in das Haus der GPU vorladen, sie dort nach kurzer Vernehmung in den Keller führen und ihnen einen Revolver hinter das Ohr setzen.

Die kommunistische Partei bestimmt selbst, wer die Arbeiter zu vertreten hat. Wählen die Arbeiter eigene Vertreter, so sind das Hochverräter, deren Kopf fällig ist. (Ein zweiter Artikel folgt.D.Red.)

SPD. Die Moskauer Prawda schreibt in ihrer neuesten Nummer, die Politik der deutschen Bourgeoisie bestehe darin, mit dem Protestgeschrei gegen Versailles die Arbeitermassen vom Klassenkampf abzulenken.

Dieser Satz ist unzweifelhaft wichtig! Ebenso unbestreitbar aber ist es, dass die kommunistische Partei in Deutschland die gleiche Politik betreibt wie die deutsche Bourgeoisie, dass sie mitten im Kampf gegen die soziale und politische Reaktion in Deutschland nichts anderes zu tun weiss als ein Protestgeschrei über die Ketten von Versailles anzuschlagen und die ältesten nationalistischen Schlagworte der Nationalsozialisten wieder hervorzuholen und an-

zuwenden!

Der Kampf, der in Deutschland geführt wird, gilt dem wieder erstarkten Feudalismus, er gilt den ostelbischen Junkern und den Schlotbaronen, es ist Klassenkampf für die Interessen der Arbeiterklasse. Der Feind steht im eigenen Lande - es ist der Uebermut der Reaktion. Nun gilt es zu schlagen, und wer statt dessen über den Vertrag von Versailles deklamiert - der besorgt die Geschäfte des Feindes!

Der Satz der Moskauer Prawda über das Protestgeschrei gegen Versailles ist deshalb die schärfste Verurteilung der Wahnsinnspolitik der deutschen Kommunisten und ihres Verrates an der Arbeiterklasse!

SPD. Hamburg, 31. Oktober (Eig. Drahtb.)

Ein ungeheuerlicher Erpressungsskandal der Hamburger NSDAP wird durch eine amtliche Erklärung des Hamburger Senats bekannt. Die Leitung der Nazibürgerschaftsfraktion hat unter übelster Erpressungsmethode an den Senat das Ansinnen gestellt, für einen ihrer Pgs, den Studienrat Dr. Schönwaldt, der die letzten Jahre bereits bei allen Parteien sein Heil versuchte und als Postenjäger bekannt ist, einen neuen Direktorposten zu schaffen. Um ihrem Verlangen "Nachdruck" zu verleihen, hat die Leitung der Nazifraktion nach dem Muster dunkler Revolverblätter dem Senat das Angebot gemacht, über angebliche Misstände in der Wohlfahrtsbehörde zu schweigen, wenn Schönwaldt Direktor würde. Der Senat teilt über diesen in der Parteigeschichte einzig dastehenden Fall folgende Einzelheiten amtlich mit:

"Unter dem 3. Oktober dieses Jahres hat der Führer der nationalsozialistischen Bürgerschaftsfraktion, der Abgeordnete von Allwörden, an den Präses der Wohlfahrtsbehörde ein Schreiben gerichtet, in dem er die Einrichtung einer Wirtschaftsabteilung bei der Wohlfahrtsbehörde fordert, die unter Leitung eines Direktors mit der Aufsicht über die Wirtschaftsgebarung der Behörde beauftragt werden sollte und zu deren Obliegenheiten ferner der Einkauf, die Lagerverwaltung und die Buchführung gehören würde. In dem Schreiben wurde gebeten, diesen Vorschlag als "Sofortsache" zu behandeln. Von dem Präsidenten der Wohlfahrtsbehörde ist darauf erwidert worden, dass die entscheidende Bearbeitung der Angelegenheit dem zurzeit beurlaubten Herrn Präses der Behörde überlassen bleiben müsste, dass aber die vorbereitende Prüfung dieses Vorschlages bereits in die Wege geleitet sei. Unter dem 18. Oktober hat dann der Geschäftsführer der nationalsozialistischen Bürgerschaftsfraktion, der Abgeordnete Ahrens, an den Präses der Wohlfahrtsbehörde in der gleichen Angelegenheit ein Schreiben gerichtet, in dem es zum Schluss heisst: "Wir erhalten fast täglich von allen möglichen Seiten Nachrichten über ähnliche Misstände, wie wir Ihnen bereits einige bekannt gaben und können unmöglich zu diesen Dingen länger schweigen, es sei denn, dass wir in Zukunft unser Schreien damit begründen könnten, dass durch das neue Wirtschaftsdezernat die Misstände behoben und in Zukunft auf ein Minimum herabgesetzt werden."

Bei den angeblichen Misständen, auf die die Wohlfahrtsbehörde hingewiesen worden sein soll, handelt es sich lediglich um Andeutungen des nationalsozialistischen Bürgerschaftsmitgliedes Dr. Schönwaldt, die er trotz wiederholter Aufforderung nicht näher präzisiert hat. Auf den Einwand der Behörde, dass Dr. Schönwaldt als Behördenmitglied verpflichtet sei, die ihm zugehenden Beschwerden der Behörde zu übermitteln, damit diese ihrerseits eine Nachprüfung vornehme, ist der Behörde erklärt worden, dass man sich von solcher Nachprüfung nichts verspreche. Der Abgeordnete Ahrens hat dann einem Mitgliede des Senats die nationalsozialistische Forderung überbracht, dass die Leitung der Wirtschaftsabteilung der Wohlfahrtsbehörde das nationalsozialistische Behördenmitglied Dr. Schönwaldt erhalten solle. Der Senat beabsichtigt nicht, auf dieses Angebot einzugehen, da er den vorgeschlagenen Herrn für solchen Posten für

ungeeignet hält. Um aber eine Nachprüfung des angeblichen Materials zu erreichen, und eine Klärung der Vorwürfe gegen die Wohlfahrtsbehörde herbeizuführen, hat der Senat bei der Staatsanwaltschaft die Einleitung eines Strafverfahrens gegen Unbekannt beantragt. In diesem Verfahren werden die oben genannten nationalsozialistischen Herren Gelegenheit haben, über die Angelegenheiten auszusagen, über die sie sich bisher auch auf Aufforderung hin nicht näher geäußert haben. Von nationalsozialistischer Seite ist nun die Veröffentlichung von angeblichem Material gegen die Wohlfahrtsbehörde angekündigt, da der Senat die Bestellung des Dr. Schönwaldt zum Dezernenten der Wohlfahrtsbehörde abgelehnt hat."

Diese Mitteilungen des Hamburger Senats enthüllen ein Mass von Korruption und Futterkrippenwirtschaft, das einzig dasteht und die Methoden der Nationalsozialistischen Partei und ihrer Führung charakterisiert.

SPD. Die preussische Staatsregierung hat der Absicht der Reichsregierung den Reichsrat erst in der nächsten Woche zusammentreten zu lassen, widersprochen. Auf ihren Antrag ist nunmehr eine Sitzung des Ausschusses für Verfassung und Geschäftsordnung auf Donnerstag, den 3. November anberaumt worden, um die durch das dreimonatige Ruhen aller Sitzungen entstandene Geschäftslage zu besprechen und die weiteren Sitzungen vorzubereiten.

SPD. Stuttgart, 31. Oktober (Eig. Drahtb.)

Wes Geistes Kind vielfach die von den Nationalsozialisten bei der Agitation verwendeten Personen sind, wurde in Stuttgart wieder durch einige Gerichtsurteile erwiesen.

Es hatten sich dieser Tage drei Nationalsozialisten zu verantworten, die zwei Zeitungsträger des in Ludwigshafen erscheinenden sozialdemokratischen Organs überfallen und ihrer Blätter beraubt hatten. Es stellte sich heraus, dass der Rädelsführer wegen Bandendiebstahls verbestraft war. Früher war er in Blaubeuren tätig, bis ihm dort der Boden zu heiss wurde. Dann ging er nach Ludwigsburg. Er erhielt fünf Wochen Gefängnis, einer seiner Kumpane kam mit 50 Mark Geldstrafe davon, der dritte wurde freigesprochen.

In Cannstadt hatten am Abend des 3. Juni, an dem die Nationalsozialisten in verschiedenen Stadtteilen die Bevölkerung terrorisierten, etwa zehn SA-Leute aus einem Garten heraus einen Passanten, der allein spazieren ging, in rohester Weise überfallen und blutig geschlagen. Es gelang leider nur einem von ihnen, den SA-Mann Schelle, der Beteiligung zu überführen. Er wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Eine besondere Blüte im Nazisumpf ist ein Dr. Norman, der sich als Erfinder aufspielte und wegen Zechprellerei grossen Umfangs, begangen in einem Stuttgarter Hotel, vor Gericht stand. Der württembergische Wirtschaftsleiter der Nazis, ein Dr. Maurer, war mit dem Angeklagten nach München ins Braunhaus gefahren, um dort für ihn bei Dr. Feder und Gregor Strasser Geld locker zu machen. Wie der Richter in der Verhandlung feststellte, hat Norman seit 1928 vom Kreditschwindel gelebt. Er wurde zu einer Geldstrafe verurteilt.

Schliesslich ist noch ein Naziagitator namens Piller zu erwähnen, der sich in Gemeinschaft mit noch einem Pg. und zwei Frauen wegen gemeinschaftlichen Betruges zu verantworten hatte. Er hatte mit diesen in seiner Wohnung Sekt- und Schnapsgelage grossen Umfangs veranstaltet, deren Substanz eine Stuttgarter Weinfirma auf Kredit liefern musste. Vor Gericht versuchte er seine Zahlungsfähigkeit damit zu beweisen, dass er berichtete, für die im letzten Wahlkampf in Naziversammlungen gehaltenen Reden entsprechende Honorare erhalten zu haben. Das Gericht bescheinigte ihm seinen neuen Fall mit 14 Tagen Gefängnis.

SPD. Das Kabinett der Barone hat neue Kommissare in Preussen ernannt. Die Liste der kommissarischen Verwalter sieht nunmehr so aus:

Inneres: Dr. Bracht, der zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannt worden ist;

Finanzen: Dr. Popitz, ebenfalls zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannt;

Landwirtschaft: Reichsernährungsminister v. Braun;

Wirtschaft und Arbeit: Staatssekretär Ernst;

Kultus: Professor Dr. Kaehler-Greifswald;

Justiz: Staatssekretär Hölscher.

Aus dieser Liste geht hervor, dass man sich im Reichskabinett keine Mühe gibt, die Serie von Verstössen gegen das Leipziger Urteil zu bemänteln. Man richtet sich für die Dauer ein! Mit der Unterstellung des Landwirtschaftsministeriums unter den Freiherrn v. Braun wird die Absicht des Kabinetts der Barone ganz deutlich. Jetzt haben wir die Barone direkt in Preussen!

Das preussische Landwirtschaftsministerium wurde einst von Otto Braun geführt. Die Abwendung vom Kurs der Herrenhäuser und des Ostelbiertums ist darin deutlich zum Ausdruck gekommen. Jetzt sitzt wieder ein Ostelbier im preussischen Landwirtschaftsministerium! Die Bevölkerung in Preussen soll den Interessen des ostelbischen Grossgrundbesitzes dienstbar gemacht werden. Die preussischen Staatsfinanzen sollen unter ostelbischen Gesichtspunkten von einem Finanztechniker verwaltet werden, der sich den Baronen zur Verfügung gestellt hat, und der Polizeiapparat soll unter Brachtschem Kommando die Interessen der Junker schützen! Immer feste druff ostelbisch geredet - das ist die Parole des Kabinetts der Barone. Seine Basis im Volke wie im Recht wird immer schmaler, aber seine Machtziele werden immer grösser!

Die preussische Staatsregierung wird über diese neue Provokation am Dienstagvormittag beraten.

SPD. Braunschweig, 31. Okt. (Eig. Dr.)

Die Ehefrau des nationalsozialistischen Motorsturmführers Troch in Braunschweig hat sich mit Veronal vergiftet. Aus einem Abschiedsbrief an die Eltern geht das Martyrium dieser bedauernswerten 27jährigen Frau hervor. Troch, der in der braunschweigischen Nazibewegung eine führende Rolle spielt, liess seine Frau buchstäblich verhungern. Dafür machte er zahlreiche Gelage mit anderen sittlichen Erneuerern und fährt als Redner in die Dörfer, um die Frauenstimmen für das Dritte Reich zu werben.

Nach einer Naziversammlung in Holzminden, in der Klagges wüst gegen die Marxisten loszog, wurden von seinen Parteifreunden die Fensterscheiben des dortigen sozialdemokratischen Organs, der "Oberweser Volkszeitung", eingeworfen. Einige Tage zuvor waren bereits die Zeitungskästen des Verlagsgebäudes abgerissen und in die Weser geworfen worden.

SPD. Unter Verwendung von aus dem Zusammenhang gerissenen und nachweisbar gefälschten Zitaten aus Reden einiger Sozialdemokraten sucht die kommunistische Presse den Nachweis zu erbringen, dass die Sozialdemokratie zu Rüstungen und zum Kriege hetze. Es lohnt wahrhaftig nicht, sich gegen diese Lügen zur Wehr zu setzen. Die Resolution, die die Sozialdemokratische Fraktion des letzten Reichstags zur Rüstungsfrage angenommen hat, spricht ebenso deutlich wie der Beschluss des Magdeburger Parteitages von 1929. Aber es empfiehlt sich, diejenigen, die uns beschuldigen, an ihre eigenen Bekundungen zu erinnern.

Die Kommunisten wollen, wie der Wahlaufdruck ihres Zentralkomitees besagt,

den "Schandvertrag von Versailles zerreißen". Erst das kommende sozialistische Deutschland - sie sprechen bezeichnenderweise nicht von einem kommunistischen Deutschland - werde der unterdrückten deutschen Bevölkerung in Österreich, Elsass-Lothringen, Südtirol usw. die Möglichkeit eines freiwilligen Anschlusses geben.

Mit dieser Proklamation ist der Nationalismus der Nationalsozialisten, die mit der Zeit gelernt haben, sich vorsichtiger auszudrücken, bei weitem übertrumpft, und das ist ja auch der Zweck der Übung. den dem versinkenden Mittelstand entstammenden Schichten, die dem Hakenkreuz folgen, weil sie hier noch ihr Bedürfnis nach bürgerlich-patriotischer Erregung befriedigen können, soll klar gemacht werden, dass sie bei der KPD ebenso auf ihre Rechnung kommen.

Folgen sie den Lockrufen, so werden sie aber wohl den Jüngern Moskaus bei der Frage vorlegen müssen, auf welche Weise denn nun den unterdrückten Deutschen im Ausland die Möglichkeit zum Anschluss an Sowjetdeutschland gegeben werden soll. Die Zerreissung des Versailler Vertrages durch eine deutsche kommunistische Regierung genügt nicht. Frankreich, Italien, Polen, die Tschechoslowakei und die übrigen in Betracht kommenden Staaten müssen sich mit der Lösung eines Teils ihrer Bürger doch einverstanden erklären oder zum mindeste eine Volksabstimmung in den Gebieten, auf die das kommunistische Deutschland Anspruch erhebt, gestatten.

Wenn sie das nun nicht tun, - wie werden sich dann die künftigen Machthaber Deutschlands verhalten? In dem Aufruf sprechen sie von der Bündnis mit der Sowjetunion, das jeden Anschlag der Imperialisten vereiteln werde. Ein Anschlag in diesem Sinne würde doch auch die Weigerung des Nachbarn sein, den von dem kommunistischen Zentralkomitee geforderten Anschluss sich vollziehen zu lassen. Dann bliebe nur die Gewaltanwendung, d.h. der Krieg, und um ihn mit einiger Aussicht auf Erfolg führen zu können, dürfte sich Deutschland nicht ausschliesslich auf die russischen Waffen verlassen, sondern müsste selbst stark gerüstet sein.

Die Kommunisten haben also die Wahl: entweder müssen sie zugeben, dass sie Kriegshetze treiben und den Krieg vorbereiten, oder sie müssen eingestehen, dass ihre Ankündigung der Vertragszerreissung nichts anderes ist als ein elendes Maulheldentum und ein erbärmlicher Betrug an dem für nationalistische Grossprecherereien empfänglichen Teil der deutschen Wähler.

SPD. München, 31. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die bayerische Regierung hat zu der nunmehr vollendeten Übernahme der gesamten preussischen Exekutive und Verwaltung durch Reichskommissare, die zum Teil Mitglieder der Reichsregierung sind, noch keine Stellung nehmen können, da ihre Mitglieder zurzeit nicht in München sind. Ministerpräsident Dr. Held weilte zur Wahlagitatio in Stuttgart, wo am Montag-Nachmittag in einer rasch improvisierten Konferenz der Länder Bayern, Württemberg und Hessen (?) in Anwesenheit des Papenschen Vertrauensmannes Freiherrn von Lersner gemeinsame Beratungen gepflogen wurden.

Ueber die Auffassung Bayerns zu dem Vorgehen der Papen-Regierung kann indessen kein Zweifel bestehen. Bayern erblickt in der ganzen bisherigen Tätigkeit des Reichskommissariats eine "Verpreussung des Reiches" und in der jetzt provisorisch abgeschlossenen Reichsreform, die praktisch die Herstellung einer Personalunion zwischen dem Reich und Preussen darstellt, einen Verfassungsbruch. Nach bayerischer Auffassung kann die Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preussen ohne gleichzeitige Sicherstellung der Rechte und der Eigenstaatlichkeit der Länder unmöglich mit der Methode Papens durchgeführt werden. Denn die Zusammenfassung der staatlichen Gewalt des Reichs mit der Preussens verschiebt die Stellung Preussens als Land innerhalb des Reichs mit der vollkommen. Wo früher ein gleichberechtigtes Staatsgebilde mit den übrigen

Ländern auf gleicher Grundlage an den Geschicken des gesamten Reiches mitzuarbeiten hatte, tut sich durch die Massnahmen der jetzigen Reichsregierung eine Hegemonialstellung Norddeutschlands auf, die von den übrigen Ländern aus Gründen des eigenen staatlichen Lebens nie und nimmer hingenommen werden kann. Die Herrenklubregierung hat also mit dem allerschärfsten Widerstand Bayerns zu rechnen, worüber in den nächsten Tagen die notwendigen Beschlüsse gefasst werden.

SPD. Innerhalb der preussischen Staatsregierung nimmt man zu den Ernennungen im Reich folgende Stellung ein:

Die Ernennung von Reichsministern ist an sich Sache des Reiches. Preussen hat dabei lediglich im Rahmen des Reichsrats wegen der haushaltsmässigen Unterlagen mitzusprechen. Die Ernennung ist nach der grundsätzlichen Auffassung der preussischen Staatsregierung deshalb überflüssig, weil die Verwaltung preussischer Angelegenheiten durch das Reich auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 nach ihrer Ansicht nicht notwendig ist. Wenn sie aber für notwendig gehalten wird, kann die Beschränkung auf Preussen nicht gerechtfertigt werden. Die Bezeichnung der Kommissare als "Reichsminister" ist immerhin zutreffender als die Bezeichnung als "Landesminister" oder "Landesregierung", die mit der Entscheidung des Staatsgerichtshofes nicht in Einklang steht. In der Ernennung von Herrn Popitz wird man eine gewisse Abkehr der Reichsregierung von der bisherigen Verurteilung der früheren Finanzgebarung des Reiches zu erblicken haben, an der Herr Popitz, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium bis Ende 1929, als massgebender Fachberater mitgewirkt hat.

SPD. Stuttgart, 31. Oktober (Eig. Dr.)

Der sozialdemokratische Abgeordnete des württembergischen Landtags Keil hat folgende Anfrage an die württembergische Regierung gerichtet:

"Nach Berichten der Presse beabsichtigt die Reichsregierung, Reichsminister ohne Portefeuille ernennen zu lassen und ihnen im Verordnungswege die kommissarische Verwaltung preussischer Ministerien zu übertragen.

Ist das Staatsministerium bereit, diesem Plan, der grundlegende Vorschriften der Reichsverfassung ausser acht lassen und eine tiefgreifende Kräfteverschiebung zum Nachteil der Länder im Gefolge haben würde, mit allem Nachdruck entgegenzutreten?"

SPD. In der "Welt am Montag" wendet sich Hellmuth von Gerlach an die bisherigen Wähler der Mittelparteien mit der Aufforderung, die Liste 2 (Sozialdemokraten) zu wählen. Da die Stimmenabgabe für Splitterparteien zwecklos sei, das Zentrum mit den Nazis wegen einer Koalition verhandelt habe, die Deutschland national für Monarchie und Verfassungsbruch eintreten, so müssten auch diejenigen Wähler sich für die Sozialdemokratie entscheiden, die keine Sozialisten seien. Und zwar vor allem, weil die Sozialdemokratie eine zuverlässige Vertreterin der Demokratie ist, die Schützerin des Restes von Kulturliberalismus, eine Kämpferin gegen den Industrie, Handel und Verbraucher gleichmässig bedrohenden Agrarextremismus und eine - beinahe die einzige - parteimässige Stütze des Friedensgedankens.

SPD. Mannheim, 31. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Schwurgericht Frankenthal sprach am Montag zwei Reichsbannerkameraden von der Anklage des versuchten Totschlags frei. Der Staatsanwalt hatte für einen der Angeklagten Freispruch beantragt, gegen den andern fünf Jahre Zuchthaus.

Drei Wochen vor der Reichstagswahl im Juli wurden auf Nationalsozialisten nach einem Nazi-Gautag in Neustadt an der Haardt Schüsse abgegeben, durch die drei Nationalsozialisten verletzt worden waren. Die Nationalsozialisten hatten behauptet, dass diese Schüsse ohne vorherige Zwischenfälle auf die marschierende SA und SS abgegeben worden seien. In viertägiger Verhandlung wurden jetzt jene Vorfälle vor dem Schwurgericht Frankenthal rekonstruiert. Angeklagt waren zwei Angehörige der Eisernen Front, die von der Staatsanwaltschaft beschuldigt waren, die Schüsse abgegeben zu haben. Im Verlauf der Verhandlung wurde jedoch einwandfrei festgestellt, dass die Nationalsozialisten aus dem Zuge heraus die auf dem Bürgersteig stehenden Angehörigen der Eisernen Front provoziert hatten und sie vor dem Verkehrslokal der Eisernen Front mehrere Reichsbannerleute tätlich angegriffen haben. Das führte schliesslich zu einem Handgemenge; etwa 80 SS-Leute gingen dann zum Angriff auf das Verkehrslokal über. Erst daraufhin fielen mehrere Schüsse. Es wurde jedoch, trotzdem ungefähr 50 Zeugen vernommen wurden, nicht einwandfrei festgestellt, ob die beiden Angeklagten tatsächlich die Schüsse abgefeuert hatten.

Das Gericht folgte entgegen dem Antrag des Staatsanwalts dem etwa fünfständigen ausgezeichneten Plädoyer des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Friedrich Wilhelm Wagner-Ludwigshafen und sprach beide Angeklagte frei. Der Freispruch wurde von den zahlreich anwesenden Reichsbannerkameraden mit lebhaften Beifallsrufen aufgenommen.

SPD. Madrid, 31. Oktober (Eig. Drahtb.)

Ministerpräsident Herriot ist am Montag-Vormittag in Madrid eingetroffen. Er wurde auf dem Nordbahnhof von Ministerpräsident Azana, Aussenminister Zulueta, dem Generalsekretär des Staatspräsidenten, dem Madrider Bürgermeister und dem französischen Arbeitsminister Dalimier, der an der Madrider Tagung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamtes teilgenommen hatte, begrüsst. Der Bahnhof war von einer grossen Menschenmenge umlagert, die Herriot beim Erscheinen begeisterte Kundgebungen darbrachte. Nach einer kurzen Rundfahrt durch die reichbeflaggte Stadt und den Retiro-Park stattete Herriot in Begleitung des französischen Botschafters und des Arbeitsministers dem Präsidenten der Republik, Zamora, einen Besuch ab und überreichte ihm das Grosskreuz der Ehrenlegion, das ihm die französische Regierung verliehen hat. Zamora dankte Herriot für die ihm und damit der spanischen Nation erwiesene Ehre und unterhielt sich dann mit Herriot in freundschaftlichster Weise.

Vom Präsidentenpalais begab sich der französische Ministerpräsident zum Cortes-Gebäude, wo er mit dem Präsidenten Besteiro eine einstündige Unterredung hatte. Besteiro gab später vor der Presse eine Erklärung ab, in der es heisst: "Herriot hat sich mit mir nur über allgemeine Probleme unterhalten. Er hat darauf bestanden, dass man seiner Reise kein geheimes Ziel zuschreibt. Der französische Ministerpräsident wünscht, dass man sie als einen freundschaftlichen Besuch auffasst, den die französische Republik der spanischen Republik schuldet; denn die Freundschaft zwischen beiden Ländern hat zu allen Zeiten bestanden und sie muss jeden Tag nochenger werden. Im Grunde genommen ist also der Besuch Herriots eine romantische Reise."

Herriot stattete schliesslich dem Ministerpräsidenten Azana einen Besuch ab, der ihm zu Ehren ein Essen im engsten Kreise gab.

SPD. Warschau, 31. Oktober (Eig. Drahtb.)

In Sosnowice haben sich die 600 Arbeiter eines Textilunternehmens in der Fabrik eingeschlossen und gleichzeitig den Hungerstreik erklärt, um die Behörden zum Eingriff zu zwingen. Alle Versuche, die Leute zum Verlassen des Betriebes und zur Nahrungsaufnahme zu bewegen, sind ergebnislos geblieben. Die 600 Mann hungern nun bereits den 6. Tag.

SPD. Paris, 31. Oktober (Eig. Drahtb.)

Nordfrankreich und die Küstengebiete am Atlantischen Ozean werden seit Sonnabend von einem furchtbaren Unwetter heimgesucht. Im Inneren des Landes regnet es fast ununterbrochen, sodass alle Flüsse Hochwasser führen. Besonders in Mitleidenschaft gezogen sind die Gegend von Maubeuge, der Oberlauf der Marne und die Saône-Gegend, wo weite Flächen überschwemmt sind. In den Küstengegenden herrscht ein orkanartiger Sturm, der einen hohen Seegang zur Folge hat. In St. Malo und La Pallice, dem Vorhafen von La Rochelle, sind die Hafenmolen und Wellenbrecher durch das Meer schwer beschädigt worden. Die Einfahrt zu zahlreichen Häfen ist unmöglich gemacht, sodass die Schiffe auf den Reeden vor Anker gehen mussten. Die Küstenschifffahrt ist vollkommen unterbrochen. In allen Küstenstationen werden Hilferufe von in Seenot befindlichen Schiffen aufgefangen. Verluste an Menschenleben sind bisher nicht zu beklagen.

SPD. London, 31. Oktober (Eig. Drahtb.)

In den Baumwollspinnereien in Lancashire wurde am Montag infolge der beabsichtigten 7 1/2 prozentigen Lohnkürzung die Arbeit eingestellt. An dem Streik sind 200 000 Spinnereiarbeiter beteiligt. Nur in vereinzelten Werken lassen die Unternehmer zu den bisherigen Sätzen weiterarbeiten. Eine Abstimmung aller Gewerkschaftsmitglieder soll entscheiden, ob der Streik fortgesetzt werden soll. (S. Gewerkschaftsbeilage.)

SPD. Warschau, 31. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Warschauer Bezirksgericht verurteilte am Montag den ehemaligen Angestellten der grossen Textilwerke von Zyrardow in der Nähe von Warschau namens Blachowski, der auf offener Strasse den Generaldirektor dieser Werke Koehler nach kurzem Wortwechsel niedergeschossen hatte, zu 5 Jahren Gefängnis.

Die öffentliche Meinung Polens hatte während der viertägigen Dauer der Verhandlung einstimmig für den Angeklagten Partei ergriffen, denn der Prozess brachte unerhörte Zustände, die in dem von französischen Kapitalisten beherrschten Werke herrschten, ans Tageslicht. Der erschossene Generaldirektor hatte die Misshandlungen und Schikanen der Arbeiter von Zyrardow in einem Masse betrieben, die einstimmig in Polen als koloniale Ausbeutungspolitik bezeichnet wurde. Von den als Zeugen vernommenen Arbeitern wurde Blachowski wegen seiner Tat offen als ihr Retter bezeichnet. In ganz Polen regte sich keine einzige Stimme des Mitleids für den erschossenen Generaldirektor.

SPD. Wien, 31. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der berüchtigte reichsdeutsche Naziführer Graf Dumoulin-Eckart hat sich am Montag selbst enthüllt. Die "Arbeiterzeitung" hatte, als Dumoulin-Eckart von Hitler nach Wien geschickt wurde, behauptet, Dumoulin-Eckart sei in München als der widerlichste Kerl im ganzen Braunen Haus bekannt. Er habe mit

seinen leiblichen Freunden nicht nur die Tage seiner angestrengten Führertätigkeit, sondern auch die Nächte in Gesellschaft von männlichen Prostituierten in homosexuellen Bordellen verbracht. Er sei der Spitzelchef des Braunen Hauses und werde allgemein der schwule Graf genannt. Es hiess weiter, dem Mann, der die Wärme liebe, sei der Münchener Boden zu heiss geworden. Er wünsche sich jetzt in Wien die richtige Temperatur. Einem Mann von solchen besonderen sexuellen Neigungen sei es notwendig auf die Finger zu sehen. Man müsse auf ihn achtgeben und rechtzeitig vor ihm warnen.

Dumoulin-Eckart hatte sich d. mals sehr empört gestellt und in sittlicher Entrüstung sofort die "Arbeiterzeitung" verklagt. Ehe es zur Verhandlung kam, hat er am Montag, als die "Arbeiterzeitung" erklärte, sie werde den Wahrheitsbeweis für alle Anschuldigungen erbringen, die Klage bedingungslos zurückgezogen und damit darauf verzichtet, sich gegen die ungeheuren Anschuldigungen zu rechtfertigen. Er hat sich damit selbst "enthüllt" und gestanden, dass die Mitteilungen der "Arbeiterzeitung" über ihn zutreffen.

SPD. Genf, 31. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Kommission zur Vorbereitung der Weltwirtschafts- und Finanzkonferenz ist am Montag hier zusammengetreten. Vertreten sind Deutschland, Belgien, Vereinigte Staaten, Frankreich, Italien, Japan und England. Ausserdem wohnen den Verhandlungen zahlreiche vom Völkerbundsrat ernannte Sachverständige bei. Zum Präsidenten der Kommission wurde Trip-Holland gewählt. Man beschloss ohne allgemeine Aussprache in zwei Unterkomitees sofort an die praktische Arbeit zu gehen.

Das Komitee für Finanzfragen wählte Professor Beneduce-Italien zu seinem Vorsitzenden. Zum Präsidenten des Unterkomitees für Wirtschaftsfragen wurde van Langenhove-Belgien gewählt.

SPD. London, 31. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die in London zusammengetroffenen Arbeitslosen planen für Dienstag-Nachmittag eine grosse Demonstration. Im Anschluss an diese Kundgebung soll eine Delegation von 50 Personen dem Parlament eine von einer Million Menschen unterzeichnete Petition übermitteln. Diese Petition fordert die Abschaffung des Bedürftigkeitsnachweises und die Erhöhung der Bezüge der Arbeitslosen.

Der unabhängige Labour-Abgeordnete Mac Govern hatte den Arbeitslosen sein Vermittlung im Parlament angeboten, damit sie im Unterhaus durch ihn ihre Forderungen vortragen könnten. Die Führer der Arbeitslosen haben dieses Anerbieten jedoch abgelehnt und geantwortet, sie zögen es vor, sich auf ihre Massendemonstration zu verlassen, um vom Parlament den Empfang ihrer Delegation zu erzwingen.

SPD. Stockholm, 31. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Leipziger Verlag Gretlein u. Co. hat aufgrund eines Kontrakts mit Ivar Kreuger, der sich verpflichtet hatte, als Autor eines Werkes "Der Weg zum Weltbankier" zu zeichnen, das ein Herr Winger für ihn schreiben sollte, bei der Konkursverwaltung des Kreuger-Nachlasses auf 70 000 Mark Schadenersatz Ansprüche erhoben.

SPD. Bochum, 31. Oktober (Eig. Drahtb.)

Im Untertagebetrieb des Schachtes VI. der Zeche Constantin der Grosse brach am Montag-Vormittag ein Grubenbrand aus. Durch die Gasentwicklung erlitten 21 Bergleute Vergiftungen. Vier Arbeiter mussten in ein Krankenhaus überführt werden.



Pro Unterschrift 50 Pfennig!

Papens urkomischer Wahlhelfer: Die Präsidentialpartei.

SPD. Zugleich mit der Meldung, der Wahlvorschlag Nr. 32 (Deutsche Präsidentialpartei) sei wegen mangelnder Unterschriften abgelehnt worden, wird bekannt, dass der Führer dieser Partei, ein Herr Dr. Bertram, ein wiederholt in Oesterreich vorbestrafter Abenteurer ist. So komisch der Fall dieser reaktionären bürgerlichen Splittergruppe auch erscheinen mag, so ist er doch in manchen Einzelheiten charakteristisch für die krampfhaften Sammlungsversuche und die tragische Verblendung im "nationalen Lager".

Gründer der Partei waren zwei blutjunge Redaktionsvolontäre einer Hildesheimer Rechtszeitung, Herr Hans-Georg Heye, Neffe des ehemaligen Heeresleitungschefs, und ein Herr Erich von der Mehden. Mehden hat eine Erbschaft von 60 000 Mark gemacht. Grund genug, um auf den Gedanken zu kommen, sich damit in die hohe Politik einzukaufen. Erst versuchen es die beiden jungen Leute, wie ein bisher unwiderlegtes Gerücht behauptet, bei Hugenberg. Im Scherlhaus sprechen sie vor, bieten ihr Geld an und verlangen dafür, an prominenter Stelle in die deutschnationale Partei aufgenommen zu werden; andernfalls würden sie ein Konkurrenzunternehmen aufziehen. Man lehnt das Angebot der jungen Leute ab. Und so ziehen sie ihre neue Partei auf. Das Gebilde, das im September mit riesigen Plakaten startet, heisst "Deutsche Präsidentialpartei". Von Verwaltungsreformen, vom Geist der Wehrhaftigkeit und der Fahne Hindenburgs ist dabei die Rede, Man will sich rückhaltlos hinter die Papensche Präsidentialregierung stellen. Aber Papen kann sich nicht entschliessen, den ihm gewährten Schutz vor den Unbilden der Politik anzunehmen. Er dementiert sein Interesse an der "D.P.P."

Was ficht das die beiden jungen Politiker an? Ihr Plakat hat ihnen aus dem verwirrten bürgerlichen Lager "prominente" Leute in Hülle und Fülle beschert. Da kam ein bekannter Berliner Scheidungsanwalt und Strafverteidiger, begierig, auf dem Rücken der Präsidentialpartei als stolzes M.d.R. in den Wallotbau einzureiten; da eilte der Herr Kammergerichtsrat von Bonin aus Potsdam, der noch im Juli Hitler gewählt hatte, stracks vom Kammergericht in die Friedrichstrasse, wo die neue Partei ihr Lager aufgeschlagen hatte; da kam ein Stahlhelmer, der Agrarier Arndt, und der Ingenieur Fuchs, der vordem im Braunen Haus die Zünfte und Gewerkschaften der Nazis organisiert hatte. Und da kam auch ein gewisser Dr. Franz Bertram, seiner eigenen Aussage nach Wirtschaftssyndikus eines grossen Trusts, dessen Namen er bescheiden verschwieg. Sie alle veranstalteten einen politischen Tee im Hotel Kaiserhof in Berlin, wie es sich für Papen-Protektoren gehört. Der Erfolg dieser Five o'clock-Versammlung, zu der die Crème der deutschen Gesellschaft geladen worden war, blieb nicht aus: Frau Regierungsratin Klara Mende, Herr Bergwerksdirektor Leopold, Herr Regierungsrat Hoffmann - drei Namen, die als Mittler zwischen Schwerindustrie und Politik bekannt sind - traten an die Seite der Hildesheimer Jünglinge. Man sagt, der Konzern Otto Wolff in Köln mit seinen Geldmitteln stehe hinter ihnen. Und man sagt ferner, Otto Wolff sei ein Freund des Reichswehrministers v. Schleicher...

Noch vor wenigen Tagen verkündeten die Parteigründer stolz, an korporat-

tiven Mitgliedern besaßen sie bereits mehr als 150 000. Merkwürdigerweise gelang es aber nicht, diese Parteigenossen zur Unterschrift unter die Wahlvorschläge zu bewegen. So holte man sich von einem Berliner Arbeitsamt 500 Stempelbrüder und zahlte ihnen pro Kopf 50 Pfennig, wenn sie ihren Namen unter die Liste setzten! Es half nichts. Der Reichswahlleiter lehnte die Liste wegen ungenügender Unterschriften ab. Und nun platze die Seifenblase der D.P.P. Drei Journalisten, die ausgezogen waren, um ein wenig in das Parteibüro in der Berliner Friedrichstrasse hineinzuleuchten, stellten Dinge fest, die deutlicher von der Verwirrung, Haltlosigkeit und Glaubensseligkeit der bürgerlichen Reaktion sprechen als tausend Wahlreden... Der Parteiführer und Beinahe-Spitzenkandidat der Präsidialpartei, Dr. Franz Bertram, ist eine Abenteurerfigur, die am besten mit Gustav Winter, dem Aufwertungs-Reichspräsidenten, verglichen werden kann. Bertram, 1872 in Erfurt geboren, betätigte sich vor dem Krieg an einem Berliner Theater, dessen Zusammenbruch sein Werk gewesen sein soll; man stellte gegen ihn Straftat wegen Betrugs und Untreue. Er verdampfte nach Wien. Dort war er Schauspieler, Leiter einer Filmschule, die ihren Zöglingen ohne entsprechende Gegenleistung Geld abnahm, Gastwirt, Wurstfabrikant, Delikatessenhändler, Reitlehrer, Geflügelfarmer, Hundezüchter, Rennstahlbesitzer, Villeninhaber, Kinopächter. Dr. Franz Bertram oder vielmehr Dr. Franz Ferdinand, wie er sich als "Künstler" in Wien nannte, scheint seine vielen Berufe ausschliesslich in betrügerischer Absicht ausgeübt zu haben. Ein Rattenschwanz von Prozessen lief hinter ihm her. Bald hatte er Kapitalisten in seinen Geflügelfarmbetrieb aufgenommen und ihre Einlagen verwirtschaftet, bald prellte er Bankbeamtinnen um Kautionen für ein "Sanatorium", bald musste er den polizeilichen Vorwurf hören, sein Diktordiplom, von einer obskuren italienischen Universität ausgestellt, sei ein Phantasietitel. Jahre hindurch gelang es ihm, immer wieder den Kopf aus der Schlinge zu ziehen - bis ihn im Frühjahr 1927 sein Schicksal erreichte. Er wurde zu einigen Monaten schweren Kerkers verurteilt und nach Verbüßung seiner Strafe am 19. Oktober 1927 nach Deutschland abgeschoben. Jetzt wollte er sich hier als "sittlicher Erneuerer" aufspielen. Das Volk lehnt dankend ab.

L.

+ + +

Der Fall v. Bomsdorf. Das Schwurgericht Kottbus verurteilte den Provisionsvertreter Hans von Bomsdorf wegen versuchten Totschlags an seinem Onkel, dem Major a.D. von Bomsdorf in Werben (Spröewald), zu vier Jahren Gefängnis.

+ + +

Mordgeständnis. Der 29jährige Kaufmann Friedrich Mann wurde von der Berliner Kriminalpolizei unter dem dringenden Verdacht verhaftet, am 22. Oktober in Berlin die 74jährige Obsthändlerin Auguste Koenicke überfallen und beraubt zu haben - infolge des Schreckens war die Greisin einem Herzschlag erlegen. Friedrich Mann hat die Tat nach längerem Leugnen gestanden. Er gab zu, von Berliner Halbweltkreisen, mit denen er in Verbindung stand, erfahren zu haben, dass das Ehepaar Koenicke einen grösseren Geldbetrag in seiner Wohnung aufbewahrte. Ein im September ausgeführter Einbruch war ihm misslungen. Beim zweiten am 22. Oktober wurde er von Frau Koenicke überrascht, als er den Schreibtisch der Obsthändlerin plünderte. Frau Koenicke wollte um Hilfe rufen - da schlug der Verbrecher sie nieder, schleppte sie in eine Kammer, steckte ihr einen Knebel in den Mund, band ihr ein Kissen vor das Gesicht und festelte schliesslich noch die Hilfloze. Mann, der den Vorsatz der Tötung bestrickt, entkam mit einer Beute von viertausend Mark.

Friedrich Mann ist den Kriminalbehörden gut bekannt. Mit 17 Jahren be-

ging er eine Unterschlagung, dann einen Diebstahl, schliesslich einen Einbruch. Nach seiner Entlassung aus der Zwangserziehung reihten sich neue Straftaten den alten an. Bei dem sensationellen Einbruch in die Weimarer Fürstengruft im Juni 1920, bei dem die Sarkophage Goethes, Schillers und der Grossherzogin Sophie von Sachsen-Weimar beraubt wurden, war Friedrich Mann ebenso führend beteiligt wie bei dem Bandeneinbruch in das Moltkermuseum bei Kreisau (Schlesien). Friedrich Mann kam auf zweieinhalb Jahre ins Zuchthaus. Die neue Freiheit führte ihn nicht in die Ordnung zurück. Als er jetzt wegen des Verbrechens an der Obsthändlerin verhaftet wurde, fand man in seiner Manteltasche eine mit 6 Schuss geladene Pistole.

Raubüberfall. Vor dem Wohlfahrtsamt München-Nord wurden zwei städtische Kassenboten von zwei Banditen überfallen. Ein Bote wurde niedergeschlagen und seines einen Zentner schweren Rucksacks beraubt: er enthielt 10 000 Mark. Der andere Bote wurde gleichfalls niedergeschlagen; er besass jedoch noch Kraft und Besinnung genug seinen Rucksack festzuhalten. Die Verbrecher entkamen mit ihrem Raube in einem wartenden Kraftwagen, der wie inzwischen festgestellt wurde in der Vornacht gestohlen worden war.

Ausser Gefahr. Das Befinden der Berliner Opernsängerin Gertrud Bindernagel, die vor einer Woche von ihrem Ehegatten, dem Bankier Hirtze niedergeschossen und schwer verletzt worden war, hat sich wesentlich gebessert. Gegen den Täter wurde vom Untersuchungsrichter beim Landgericht III Berlin die Voruntersuchung wegen versuchten Mordes eingeleitet.

Das Todesspiel. In Oberhausen (Rheinland) wurde ein 8jähriger Knabe beim "Spiel" mit einem Revolver getötet. Das Unglück geschah, während der Vater des Kindes in der Kirche war.

D 2017 verschollen! Die Nachforschungen nach dem über dem Kanal verschollenen Postflugzeug D 2017 der Linie London - Berlin sind ergebnislos verlaufen. Es ist zu befürchten, dass die Maschine im Wasser versank und ihre Besatzung - Flugzeugführer Wilhelm Cuno und Flugmaschinist Werner Drebes - den Tod in den Wellen fand. Das verunglückte Flugzeug - eine Maschine vom Typ Junkers W 33 - hatte nur 81 Kilogramm Post und Fracht geladen. Der erste SOS-Ruf ging am Sonntag Abend um 10 Uhr 23 Minuten aus; drei weitere SOS-Rufe folgten - verstümmelt - in kurzen Abständen. Man nimmt an, dass die Maschine im Gleitflug niederging und dass in dieser Zeit die letzten Hilferufe ausgesandt wurden. Bei dem ungemein starken Wellengang im Kanal konnte sich das Flugzeug vermutlich nur kurze Zeit über Wasser halten.

Wildwest in Erfurt. Am Montag mittag überfielen in Erfurt zwei bewaffnete Banditen einen Geldtransport der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft. Blitzschnell griffen sie nach der Geldkiste. Als die Verbrecher sahen, dass ihnen Widerstand geleistet wurde, schossen sie die Begleitbeamten des Transportes nieder. Der Bankbeamte Arnold aus Gispersleben bei Erfurt wurde auf der Stelle getötet, sein Begleiter, der Kassenbote Franz Heuer, erlitt schwere Verletzungen. Ebenso wurde eine vorübergehende Zeitungshändlerin verwundet. Durch die Schüsse alarmiert erschienen Polizeibeamte am Tatort. In ihrer bedrängten Lage liessen die Verbrecher ihre Beute - die Kassette enthielt ungefähr 50 000 Mark - im Stich, sprangen in ein wartendes Auto, rasten davon und entkamen. Ein Polizeibeamter schoss dem Wagen (Kennzeichen: HH 45002) nach; anscheinend ist einer der Verbrecher getroffen und verletzt worden.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Die Lügner.

SPD. Die Welt will belogen sein - das ist der einzige Grundsatz der Hitlerbewegung. In Coburg marschierten die Nazis gemeinsam mit den Stahlhelmläuten auf, um vor in- und ausländischen Fürsten zu liebedienern, die in dieser Zeit der Not nichts Besseres zu tun wissen, als glanzvolle Hochzeiten zu veranstalten. Ein paar Tage später war Hitler bei dem Grosskapitalisten Fritz Thyssen zu Besuch, wahrscheinlich um neue Millionen Wahlgelder flüssig zu machen. In dem selben Augenblick, wo in Coburg die Nazis zur Fürstenparade kommandiert wurden, wo Hitler mit Thyssen kuhhandelte, haben sich die rauen Kämpfer dieses selben Hitler anlässlich einer Tagung der Nazibetriebszellen in Duisburg nach der "Nationalzeitung" dem nationalsozialistischen Gauorgan in Essen, zu folgender dummdreisten Lügelei verstiessen:

"Der Marxismus hat den Sozialismus verraten. Er trägt die Verantwortung dafür, dass der reaktionäre Kapitalismus heute frecher denn je sein Haupt erhebt. Der Marxismus ist der Steigbügelhalter der Reaktion. Marxismus, Kapitalismus und Reaktion gehören zusammen. Sie sind die Todfeinde des schaffenden Volkes. Der Marxismus versprach dem Arbeiter die dicke Lohntüte und liess den Arbeiter hungern. Die Pioniere der deutschen Freiheitsbewegung, die nationalsozialistischen Betriebszellen, stehen überall in vorderster Front, wo es gilt, die Lebensinteressen der Arbeiter der Faust und der Stirn zu erkämpfen und zu verteidigen. Da, wo die Gewerkschaftsbonzokratie im Kampf gegen die Lohnkürzung der Reaktion versagte, führt die NSBO den Kampf zum siegreichen Ende."

Die "Pioniere der deutschen Freiheitsbewegung" wollen also Arm in Arm mit den Todfeinden der Freiheit, mit den Fürsten und Kapitalisten, mit den Herrschaften, die vor allem willige Untertanen und billige Arbeitskräfte haben wollen, die deutsche Freiheit erkämpfen! Zum totlachen! Was müssen das für Schafsköpfe sein, die sich zu der ersten Nazibetriebszellentagung in Duisburg haben locken lassen. Nach den Naziblättern haben sich einige hundert Proleten - natürlich einschliesslich der SA und SS. - bereit gefunden, an dieser Tagung teilzunehmen. Soll man so viel Dummheit für möglich halten.

Auf dem Affentheater der nationalsozialistischen Zellenbauer wurde natürlich nur gegen die Gewerkschaften gehetzt, 90 Prozent der Ausführungen bestanden in einem wüsten Geschleime und Geschimpfe gegen die Gewerkschaftsführung. Die Nazis haben das gründlich von den Kommunisten gelernt. Wegwerfend nannten die "rauen Kämpfer" die Gewerkschaftsführer "satte, kampf-unlustige Löwen." Sobald sie aber auch nur den geringsten Versuch machten, selbst einen Weg aus dem Elend zu weisen, verwandelte sich ihr Gebrüll in ein klägliches widerspruchsvolles Gestotter. Die rauen Kämpfer traten dann lauwarm sogar für die helben Werkgemeinschaftspläne der Scharfmacher ein. Streiks sollen nach ihrer Auffassung nur betrieblich geführt werden, und zwar sei sofort eine Streikleitung zu wählen, die unter Ausscheidung der Gewerkschaftsfunktionäre mit der Werkverwaltung verhandeln solle. Nachti-gall, ich hör dir laufen!

Ausdrücklich haben die "rauen Kämpfer" in Duisburg versichert, dass

sie sich an den verschiedenen Streiks der jüngsten Zeit nur beteiligten, damit in diesem Wahlkampf die Marxisten nicht mehr schreiben könnten, sie seien Streikbrecher, Kapitalistanknechte und Papen-Jünglinge. Auch ihr Streikpostenstehen in Uniform ist, wie sie jetzt selbst zugeben, nur ein Täuschungsmanöver, um mit der Arbeiterschaft nicht die Fühlung zu verlieren. Die Büttel des Kapitals brauchen eben die Löwenhaut und das Löwengebrüll, um so vor Schafsköpfen die Gewerkschaftsführer als kampfuntlustige Löwen heruntermachen zu können. Das aber ist ihre einzige Aufgabe; denn die "Freiheitsbewegung" Hitlers ist und ist nie etwas anderes gewesen als eine Kampfbewegung der Todfeinde der deutschen Freiheit, der Fürsten und der Kapitalisten. Die Gewerkschaften aber sind die stärkste Stütze der deutschen Freiheit und der Freiheit des Arbeiters - was dasselbe ist.

SPD. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat seine Madridener Tagung abgeschlossen. Er kam nach Madrid auf Einladung der spanischen Regierung. Die junge spanische Republik hat Mut. Sie schwimmt gegen den Strom, der heute in Europa den politischen Kurs bestimmt. Ihre scharfe Frontstellung gegen die sozialreaktionären Strömungen in Europa kam auch auf der Tagung des Verwaltungsrates zum Ausdruck. Die spanische Republik hat bisher bereits 15 internationale Arbeitsübereinkommen ratifiziert, so dass in Spanien nunmehr 30 Übereinkommen der Internationalen Arbeitskonferenz insgesamt durchgeführt werden und dem Aufbau des kollektiven Arbeitsrechts in Spanien als Grundlage dienen. Eine erfreuliche Feststellung für die Sozialisten, beschämend aber für die grossen Industriestaaten Europas!

Die wichtigste vom Verwaltungsrat behandelte Frage betraf die Beschlussfassung über Massnahmen für Arbeitszeitverkürzung. Der Verwaltungsrat beschloss, die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit auf der Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz von 1933 zu setzen und eine vorbereitende Konferenz zum 10. Januar 1933 nach Genf einzuberufen. Angesichts des universalen Charakters der Frage werden auch die nicht der Internationalen Arbeitsorganisation angehörenden Staaten zu der Tagung eingeladen werden.

Der Verwaltungsrat hat sich in Madrid auch mit der Auswahl der Fragen befasst, die auf der Tagung der IAO von 1934 gesetzt werden könnten. Vier Fragen hat er in die engere Wahl gezogen: Erweiterung der Liste der entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten, Beschäftigung von Frauen im Bergbau Untertage, Massnahmen gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen und bezahlter jährlicher Urlaub. Eine endgültige Entscheidung wird der Verwaltungsrat erst auf seiner Januartagung treffen.

Gemäss den Vorschriften des Friedensvertrages hat der Verwaltungsrat in Madrid die Zehnjahrsberichte über die sehs von der Internationalen Arbeitskonferenz in den Jahren 1920 und 1921 angenommenen Übereinkommen geprüft. Zu keinem dieser Übereinkommen, die seit 10 Jahren in Kraft sind, wurden Abänderungsvorschläge gemacht. Eine Reihe weiterer Berichte so vom medizinischen Sachverständigenausschuss für die Alters- und Invalidenversicherung, wurden vom Verwaltungsrat geprüft und angenommen; das gleiche gilt vom Protokoll der internationalen Konferenz der Wanderungstatistiker.

Auf der Madridener Tagung war auch die Neuwahl des Präsidenten des Verwaltungsrates vorzunehmen, die auf Grund der neuen im Vorjahr angenommenen Geschäftsordnung erfolgte. Da der scheidende Präsident Professor Ernest Mahaim ein europäisches Land mit einem ständigen Sitz im Verwaltungsrat (Belgien) vertrat, musste dieses Jahr der Vertreter eines überseeischen Landes mit einem ständigen Sitz im Rat gewählt werden. Die Wahl fiel einstimmig auf den indischen Regierungsvertreter Sir Atul Chatterjee. Als stellver-

tretende Präsidenten wurden gewählt der dänische Finanzminister Bramsnaes, der dänische Arbeitgebervertreter Oersted und der belgische Arbeitnehmervertreter Mertens.

SPD. Der Streik in den Bayerischen Motoren-Werken ist nach dreiwöchiger Dauer durch eine Vereinbarung zwischen Werksleitung und Gewerkschaften beigelegt worden, der von einem Teil der Belegschaft bereits zugestimmt wurde. Die Firma bestand ursprünglich auf der vollen Anwedung der Papen-schen Notverordnung vom 5. September, die den Arbeitern einen Lohnabzug bis zu fünf Mark pro Woche gebracht hätte. Durch die Vereinbarung wurde erreicht, dass dieser durch Neueinstellungen verursachte Lohnabzug im Höchstbetrag nur zwei Mark und für Akkordarbeit 1,80 Mark pro Woche beträgt. Alle übrigen Rechte der alten Belegschaft einschliesslich des Urlaubs bleiben ungeschmälert.

Die Kommunisten und im Bunde mit ihnen die kleine Nazigruppe verleumden diese Vereinbarung als Verrat an der Belegschaft. Sie verschweigen aber, dass das weitere Durchhalten der Streikparole infolge der wilden Einstellungen im Betrieb der BMW sehr problematisch geworden war. Der Firma war es gelungen, etwa 240 Streikbrecher in dem Betrieb zu beschäftigen, wodurch sie die Hauptschwierigkeiten, nämlich die Ausführung der laufenden Reparaturarbeiten, überwunden hatte.

SPD. In dem englischen Textilzentrum Lancashire braut sich ein neues Unwetter zusammen. Am Sonnabend war durch das Eingreifen der Regierung bei den Lohnabbauverhandlungen zwischen den Spinnereiunternehmern und der Arbeiterschaft statt der geplanten 15prozentigen Lohnsenkung ein Vergleich zustande gekommen, wonach die Löhne um rund 7½ abgebaut werden sollten. Dieses Abkommen ist jetzt von der Zentralgewerkschaft abgelehnt worden. Es wurde beschlossen, zu den neuen Lohnbedingungen die Arbeit nicht aufzunehmen. Dagegen sollen die Belegschaften in den Unternehmungen im Betrieb bleiben, die ihre Arbeiterschaft zu den alten Lohnbedingungen gehalten wollen.

Da am Montag die neuen Lohnbedingungen bereits in Kraft treten sollten, ist der Streik bereits im Gange. Im ganzen werden an diesem Arbeitskampf etwa 200 000 Spinnereiarbeiter teilnehmen, sofern nicht eine grössere Anzahl von Werken die Arbeiter zu ungekürzten Löhnen beschäftigen will. Nachdem erst im August 200 000 Weber in einem vierwöchigen Streik wegen Lohnsenkung gestanden hatten, wird jetzt die Hochburg der englischen Textilindustrie von einem neuen Arbeitskampf erschüttert, für den die Unternehmer die volle Verantwortung tragen. Da bei Stilllegung der Spinnereien auch die Webereien nicht mehr arbeiten können, droht dieser Kampf ein Riesenausmass anzunehmen.

An die Redaktionen! Wir bitten, den Aufruf des Afabundes zur Reichstagswahl aus der letzten Sonntagsnummer des Vorwärts zu entnehmen. Der Afabund legt Wert darauf, dass der Aufruf sobald als möglich von den Parteizeitungen gebracht wird.

SPD. Arbeit, Arbeit - aber ohne Lohn: das ist das Sozialprogramm des neuen Kurses. Beinahe unvorstellbar grausame Auswirkungen hat dieses Programm bereits gezeitigt. So wird uns aus Schlesien ein Fall gemeldet, aus dem klar hervorgeht, dass die Arbeitenden noch bald schlimmer daran sind als die Arbeitslosen, wenn nicht das Volk selbst bei den Wahlen endlich Abhilfe schafft. Bei den Ostdeutschen Textilwerken in Landeshut erhielt eine Bolkenhainer Weberin einen Wochenlohn von 12 Mark. Abgezogen wurden ihr 2 Mark für Arankenassen-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge, sodass ihr 10 Mark ausgezahlt wurden. Davon wurden ihr 5 Mark auf ihre Werkshauswohnung in Bolkenhain einbehalten. Von den übrig bleibenden 5 Mark muss die Frau 3,80 Mark für die Wochenfahrkarte nach Landeshut ausgeben. Es blieben ihr also nur noch 1,20 Mark für die Woche zum Leben!!

Wenn die Frau nicht arbeiten würde, könnte es ihr bestimmt nicht schlechter gehen. 1,20 Mark Wochenlohn! Das ist die aufbauende Wirtschaft im Papen-Deutschland, das wir den Nationalsozialisten und Kommunisten zu verdanken haben. Arbeiter, rechnet am kommenden Sonntag mit allen direkten und indirekten Helfern und Helfershelfern der Papen-Barne ab!

SPD. Rund eine viertel Million jugendliche Mitglieder war Ende des vergangenen Jahres im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund organisiert. Es sind dies die Lehrlinge und die unter 18 Jahre alten jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in den Arbeitergewerkschaften; die Jugend der freien Angestelltenverbände ist in dieser Zahl nicht mit enthalten.

Der Umfang der von den Jugendabteilungen geleisteten Arbeit wird durch folgende Zahlen veranschaulicht: im Jahre 1931 führten die gewerkschaftlichen Jugendgruppen und Lehrlingsabteilungen insgesamt 78 519 Veranstaltungen durch, die 1 190 984 Teilnehmer aufwiesen. Auf das Gebiet der fachlichen Fortbildung entfielen hiervon 25 007 Veranstaltungen mit 317 773 Teilnehmern. Der allgemeinen und der gewerkschaftlichen Fortbildung dienten 27 691 Veranstaltungen mit 502 206 Teilnehmern. Zu dieser Gruppe gehören Vorträge, Lese- und Diskussionsabende, Unterrichtskurse, Film- und Lichtbildervorführungen usw. Dem Spiel und der Unterhaltung im Heim waren 7 731 Zusammenkünfte gewidmet, während 5 674 Spielabende im Freien, 7 190 Wanderungen und 630 mehrtägige Ferienfahrten gemeldet wurden. In der Durchführung dieser Arbeit sind jüngere und ältere Gewerkschafter gemeinschaftlich tätig. Von den in den freien Verbänden Ende 1931 insgesamt gezählten 8 837 Jugendfunktionären waren 4 143 über 18 Jahre und 4 694 unter 18 Jahre alt. Die grosse Mehrzahl der über 18jährigen Jugendleitern befindet sich im Alter zwischen 20 und 30 Jahren.

Hunderttausende junger Menschen sind organisiert. Hunderttausende stehen aber noch abseits. Helft sie für die freien Gewerkschaften als Mitglieder gewinnen. Helft sie heranbilden zu tüchtigen Berufskollegen, Gewerkschaftern und Sozialisten!

SPD. Die Zahl der Neueinstellungen, die auf Grund des Belebungsprogramms der Reichsregierung in Sachsen erfolgten, ist enttäuschend niedrig. Nach den beim Schlichter eingegangenen Meldungen sind in ganze Sachsen bis zum 15. Oktober nur 8 640 Personen neu eingestellt worden, während Phantasie-meldungen von 10 000 Neueinstellungen allein in der Textilindustrie zu berichten wussten.

Der Fehlschlag des Papenschen Ankurbelungsprogramms liegt klar zutage.

Wirtschaft Technik Handel

Was tat Papen?

SPD. Wenn man unsere nationalen Rauschebärte, die sich noch im Juli restlos für den grossen Adolf begeistert haben, fragt, warum sie am Sonntag für Papen stimmen wollen, dann erklären sie wie auf Kommando: Wir sind keine Politiker und verstehen von Politik nicht viel. Aber wirtschaftlich ist die Regierung Papen die einzige Regierung, die wirklich etwas getan hat.

Wer das zuerst hört und wer auch nur etwas um die Geheimnisse der Papenschen Wirtschaftspolitik Bescheid weiss, dem bleibt zunächst die Spucke weg.

Schade, recht schade, dass unsere nationalen Rauschebärte so schlechte Politiker sind. Wäre das anders, so würden sich in Deutschland nicht so viele Handwerker und Kaufleute z.B. für den neuesten Papenschen Dreh, die berufsständische Regierung begeistern. Sieht der kleine Mann nicht, dass die berufsständische Regierung nichts anderes sein wird als eine Verewigung der Interessentenwirtschaft, wie sie unter der Regierung Papen bei uns eingerissen hat. In dieser Interessentenwirtschaft hätten die Grossen, die Konzerne und die Trusts, alles zu sagen. Der kleine Mann aber hätte nichts zu bestellen.

Und nun rein wirtschaftlich! Was hat die Regierung Papen eigentlich für die Ankurbelung der Wirtschaft getan? Man komme uns nicht mit dem Papenschen Wirtschaftsplan. Der Kanzler selbst, der zwar nicht Vater dieses Planes ist, aber ihm doch den Namen gab, hat es aufgegeben, mit diesem Plan Staat zu machen. Die eigentlichen Väter des Papenplanes, die in der Grossindustrie sitzen, haben ihn auf die Wiederbelebung in der Weltwirtschaft abgestellt. Die im Monat September zu verzeichnenden Besserungen in unserer Wirtschaft sind auch auf die Besserung in der Weltwirtschaft, vor allem auf die Rohstoffhausse zurückzuführen, nicht auf den Papenplan. Die Wissenschaft, die sich mit der Konjunkturforschung beschäftigt, hat das einwandfrei festgestellt.

Die Papensche Wirtschaftspolitik hat aber alles getan, um die Uebertragung der Besserungen in der Weltwirtschaft auf die deutsche Wirtschaft zu hemmen. Dahin gehört einmal die Aufrollung der Rüstungsfrage. Dadurch wurde neue Unruhe in die Wirtschaft hineingetragen und die letzten Rückschläge auf den grossen Warenmärkten erklären sich zum grössten Teil aus der von der Papenschen Regierung aufgeworfenen Rüstungsdebatte.

Andererseits hat der Reichskanzler von Papen gegen den Sinn der Wirtschaftsankurbelung gehandelt, indem er einen neuen Lohnabbau verordnete. Der Einzelhandel muss berichten, dass die Umsätze sich, nach einer Besserung im Monat August, im September wieder verringert haben.

Nennt man das Wirtschaftsankurbelung? Auf anderen Gebieten steht es um die Papensche Wirtschaftsankurbelung noch bedenklicher.

Wir erinnern nur an die Kontingentierungspolitik, die eine Katastrophe für unsere Industriewarenausfuhr nach dem Auslande zu werden droht. Die deutschen Fabriken, die nach dem Auslande liefern, klagen darüber, dass sie infolge der Kontingentierungspolitik keine Bestellungen mehr hereinnehmen können. England tritt an die Stelle Deutschlands. Mit der Kontingentierungspolitik hat der Reichskanzler von Papen nur die Geschäfte der englischen Exportfir-

men besorgt. Nun die andere Seite dieser Kontingentierungspolitik. In Deutschland leben 10 Millionen Menschen vom Industriewarenexport. Wird er eingeschränkt, dann stehen neue Fabriken still. Menschen, Arbeiter und Angestellte, die keine Arbeit haben, können aber nicht kaufen.

In diesem Zusammenhang ein Wort über den Reichswirtschaftsminister im Papenkabinett, den Herrn Professor Dr. Warmbold, der früher beim Farbentrust tätig war. Die Passivität dieses Wirtschaftsministers schreit zum Himmel. Er hat nicht mit der gebotenen Energie gegen das Abenteuer der Kontingentierungspolitik gewirkt. Auch sonst hat er den Kleinen in der Wirtschaft nicht den Schutz zuteil werden lassen, auf den der kleine Mann, weil er eben wirtschaftlich Schwächere ist, Anspruch hat. Solange das Papenkabinett regiert, schalten und walten die Konzerne und die Trusts in Deutschland wie sie wollen. Keiner hindert sie. Der Kraftverkehrswirtschaft wird das Benzin fast täglich verteuert, ohne dass sich der Wirtschaftsminister rührt. Die Ermässigung der Antosteuer wurde versprochen. Das Versprechen ist aber bis jetzt noch nicht gehalten worden. Das Eisen kostet in Deutschland viermal so viel als im Auslande. Die Kohlenpreise sind fürchterlich überhöht. Die Eisen- und die Kohlenkartelle haben ihre überhöhten Konjunkturpreise behauptet, während der kleine Mann seine Preise abbauen musste. Nichts aber regt sich im Wirtschaftsministerium, um diesem Unfug zu steuern. Wie soll da die Wirtschaft angekurbelt werden?

Und zum Schluss die Hunderte von Millionen Mark, die als neue Subventionen an die Grosslandwirtschaft gegangen sind; nach einstimmigem Urteil nicht um die Krise in der Landwirtschaft zu überwinden, sondern um bankrotten Grossgrundbesitzern ihre Güter zu erhalten. Subventioniert wird mit den Steuergroschen der Kleinen, der Angestellten, der Arbeiter, des Handwerks, des Kaufmanns usw.

Dass bei der Papenschen Subventionspolitik die Finanzen in Gefahr geraten müssen, ist selbstverständlich. Bleibt das Kabinett Papen, dann wird es demnächst eine Milliarde Defizit zu buchen haben. Dann werden die Kleinen wieder bluten müssen. Die Steuerlast wird sich häufen und muss die Belebungen in der Wirtschaft erdrücken.

Das sind die Erfolge der Regierung Papen binnen 6 Monaten. Diese Regierung hat grosse Worte geformt, als sie das Ruder übernahm. Sie regiert kaum ein halbes Jahr und schon ist der Wunsch des deutschen Volkes nach einer Regierung allgemein, die wieder wirtschaftlich regiert und die in der Lage ist, der daniederliegenden Wirtschaft neues Blut und neues Leben einzuhauchen.

Das ist der Sinn der Wahlen vom 6. November. Wenn jemand heute sagt, die Regierung Papen sei die Regierung, die wirklich etwas für die Belebung der Wirtschaft getan hat, dann ist das ein Irrtum. Wir müssen die Wirtschaft von dem Einfluss der Grossagrarien und der grossen Industrie, unter den sie während der Regierung Papen geraten ist, befreien. Dies Befreiungswerk kann nur Werk der Sozialdemokratie sein.

SPD. Das Reichs ernährungsministerium hat am Montag stärker in den Getreidemarkt eingegriffen, wobei wohl die Tatsache, dass am nächsten Sonntag gewählt wird, nicht ohne Einfluss geblieben ist. Die Roggenpreise sind dann auch am Montag um gut 2 Mark gestiegen. Auch die Roggenmehlpreise zogen an und man rechnet in Kürze mit einer erheblichen Mehlpreissteigerung. Auf die Verarbeitung und die Konsumenten nimmt man dabei überhaupt keine Rücksicht. Wenn das Mehl und das Brot verteuert werden, muss das Volk eben den Schmachtriemen enger schneller.

Das Tollste ist, dass neue Reichsmittel für diese Brotvertéuerung zur

Verfügung gestellt werden sollen. Der Reichslandbund verlangt die Bereitstellung eines Reichsbank=Rediskontkredits in Höhe von 100 Millionen Mark und die Uebernahme einer Ausfallbürgschaft in Höhe von 25 Millionen Mark durch das Reich. Angesichts der Einstellung der Regierung Papen ist damit zu rechnen, dass den Forderungen des Reichslandbundes restlos nachgekommen wird.

Für die Brotwucherer gibt es nur eine Antwort: Wir wählen am Sonntag Liste 2 (Sozialdemokraten).

SPD. Das Statistische Reichsamt teilt mit: "Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im Oktober 1932 (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich für den Durchschnitt des Monats Oktober 1932 auf 119,0 gegenüber 119,5 im Vormonat. Der Rückgang beträgt somit 0,4 v.H. An dem Rückgang sind die Bedarfsgruppen Ernährung, Bekleidung und sonstiger Bedarf beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffer für Ernährung um 0,8 auf 109, Bekleidung um 0,8 auf 113, sonstiger Bedarf um 0,4 auf 164,1. Die Indexziffer für Wohnung ist infolge Erhöhung der städtischen Gebühren in einer Erhebungsgemeinde etwas (auf 121,6) gestiegen. Die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung hat sich infolge des weiteres Abbaus der Sommerpreisabschläge um 0,6 auf 136,0 erhöht."

SPD. Am Dienstag werden an der Berliner Börse die Papenschen Steuergutscheine mit den Fälligkeiten von 1934 bis 1938 zum ersten Mal notiert. Es handelt sich um Stücke von 100, 200, 1 000, 10 000 und 20 000 Mark. Am Montag hörte man für Papensche Steuerscheine einen Kurs von 90 bis 90,5, während am Sonnabend der Kurs mit 91,5 genannt wurde.

Die Börse sieht die Papenschen Steuerscheine nicht gern und zwar aus dem Grunde, weil ihre Einführung in eine äusserst kritische Zeit fällt und weil man von diesen Steuerscheinen üble Rückwirkungen auf andere Märkte befürchtet. So liegt z.B. gegenwärtig der Pfandbriefmarkt sehr schwach, weil immer wieder Stimmen laut werden, dass sich die Regierung nach den Wahlen zu einer neuen Zinssenkung entschliessen wird. Allerdings hat man von Regierungsseite alles getan, um der Einführung der Steuerscheine den Weg zu ebnen. Dahin gehört die bessere Kursentwicklung der Staatsanleihen während der letzten Zeit, die auf das Eingreifen der Regierung zurückgeführt wird. Schuldbuchforderungen zogen z.B. um 5 % an, Staatsanleihen sogar um 10 %.

Die Richtlinien über die Lombardfähigkeit der Steuergutscheine sollen in Kürze veröffentlicht werden. Man nimmt an, dass die Steuergutscheine zu den Gruppen I und II geschlagen werden. Die Reichsbank hätte sie dann mit 75 % des Nominalwertes zu lombardieren.

SPD. Der Zigarettenkonzern Reemtsma bemüht sich gegenwärtig um die Angliederung wichtiger Teile der Dresdener Zigarettenindustrie. In Frage kommt die Zigarettenfabrik Haus Bergmann, die Familienbesitz ist und im Jahre 1931 noch eine Dividende von 25 % ausschüttete, und die nationalsozialistische Zigarettenfabrik "Sturm", von der man weiss, dass ein früherer Angestellter von Reemtsma bei ihr an wichtiger Stelle tätig ist. Der Reemtsmakonzern hat ein Recht (Option) auf Erwerb von Bergmannaktien. Als das Reemtsmaunternehmen die Aktien von Bergmann übernehmen wollte, entstanden Streitigkeiten, die wohl jetzt so geschlichtet werden dürften, dass Reemtsma auch

Bergmann schluckt. Mit der Nationalsozialistischen Partei, die früher in ihren Zeitungen den Reemtsmakonzern heftig bekämpfte, hat Reemtsma Frieden geschlossen. Auf Befehl Adolf Hitlers müssen die nationalsozialistischen Zeitungen Reemtsmainserate aufnehmen. Die Mutmassung liegt also nahe, dass die Sturmzigarettenfabrik jetzt regelrecht dem Reemtsmakonzern angegliedert werden soll. Hindernis für den Frieden zwischen Reemtsma und Adolf Hitler war früher die Tatsache, dass einer der leitenden Männer bei Reemtsma, David Schnur, Jude ist. Mit David Schnur scheint sich Adolf Hitler jetzt wohl endgültig abgefunden und ausgesöhnt zu haben.

SPD. Immer lauter werden die Stimmen gegen die Finanzwirtschaft der Regierung Papen, die dem Volke vor einigen Monaten erst die Stärkung der erschütterten Finanzgrundlagen des Staates versprach. Es ist anders gekommen. Die Regierung tut zwar so, als wäre der Haushalt des laufenden Rechnungsjahres in Ordnung. Man hört - zumindest vor dem 6. November - kein Wort über das drohende Defizit, man liest nur, dass die Kassenlage des Reichs bis jetzt ausgeglichen, eine Vermehrung seiner schwebenden Schulden bis jetzt nicht eingetreten sei. Es wird aber verschwiegen, dass die zweite Hälfte des laufenden Rechnungsjahres zwangsläufig einen ganz anderen Verlauf nehmen müssen wird als die erste Hälfte, dass sich dann die Rückgänge der Steuereinnahmen in einem gewaltigen Defizit auswirken müssen wird. Schon jetzt lässt sich das Defizit des Reichs - unter der selbstverständlichen Voraussetzung, dass das Reich den Ländern ihre Ausfälle an Ueberweisungssteuern erstattet, weil die Länder und Gemeinde sonst zusammenbrechen müssen - für das laufende Rechnungsjahr auf mehr als eine Milliarde Mark schätzen. Dabei ist diese Schätzung nicht oberflächlich, sondern sehr sorgfältig durchgerechnet und auf optimistischen Erwartungen über den Wirtschaftsverlauf im kommenden Winterhalbjahr aufgebaut. Wir fragen:

Wann gedenkt die Regierung dem Volk reinen Wein über die Finanzlage einzuschenken, und was gedenkt sie zur Deckung des Defizits zu tun? Oder will sie das Milliardendefizit genau so als Ballast für ihren Ritt über den Bodensee mitschleppen wie den noch grösseren Milliardenballast der Vorbelastungen der zukünftigen Reichshaushalte?

Dieses Kapital der Vorbelastungen ist womöglich noch trüber als das des Defizits des laufenden Jahres. Eine genaue Durchrechnung aller Vorbelastungen, die den Reichshaushalten der nächsten Jahre in den verschiedensten Formen - Steuergutscheine, Schatzanweisungen, private Wechsel, die später vom Reich eingelöst werden müssen - bis jetzt auferlegt wurden, kommt zu der erschreckenden Ziffer von rund 3,3 Milliarden oder, wenn man annimmt, dass die Steuergutscheine in ihrer vollen Höhe in Anspruch genommen werden, sogar 3,8, also nahezu 4 Milliarden Mark. Wieviele von diesen Vorbelastungen sich durch Rückzahlungen der eigentlichen Schuldner, zu deren Gunsten die Schatzanweisungen ausgegeben werden, erledigen werden, lässt sich natürlich noch nicht abschätzen. Jedenfalls aber steht schon jetzt fest, dass die Reichshaushalte der nächsten Jahre heute schon mit vielen hunderten von Millionen in jedem Jahr vorbelastet sind. Diese furchtbaren Lasten werden getragen werden müssen, gleichgültig, ob die Konjunktur gut oder schlecht sein wird, oder ob wir gar unter einer ähnlichen Krise wie heute leiden werden, die die Herausholung solcher Beträge aus der Volkswirtschaft natürlich unmöglich machen würde.

Ueberflüssig noch zu erwähnen, dass diese Vorbelastungen ausschliesslich reine Subventionen an die verschiedensten Wirtschaftszweige, zu allermeist an die Privatindustrie, die Banken und die Landwirtschaft darstellen. Dass aber die Wirtschaft durch diesen Milliardensegen angekurbelt worden wäre, davon hat man bisher beim besten Willen nichts zu verspüren bekommen.

So sieht in Wirklichkeit die Wiederherstellung der finanziellen Grundlage des Staates aus, die die "grundsätzlich neue Staatsführung" der Regierung Papen dem deutschen Volke versprach. Es ist eine Finanzpolitik des politischen Abenteuerertums, die sich ausgezeichnet in die Linie der Gesamtpolitik dieser von den Nazis in den Sattel gehobenen Regierung einfügt.

Mehlpreissteigerung.

(Berliner Getreidebörse vom 31. Oktober)

SPD. Infolge der starken Getreidepreissteigerung am Sonnabend hielten die Mühlen, besonders die Provinzmühlen, am Montag mit ihrem Angebot zurück. Die Auffassung war allgemein, dass sich mit Verwirklichung der geplanten Regierungsmassnahmen eine Erhöhung der Mehlpreise durchsetzen wird. Am Montag konnte allerdings nur der Roggenmehlpreis heraufgesetzt werden. Im grossen und ganzen ist die Aufnahmefähigkeit für Mehl sehr beschränkt; auf die geringe Konsumfähigkeit muss zurückgeführt werden, dass die Mehlpreise am Montag nicht der Steigerung der Getreidepreise folgten. Im übrigen besteht Unklarheit darüber, wie weit die Massnahmen der Regierung gehen werden. Jedenfalls wurde die Regierung bei ihren Stützungsmassnahmen am Montag von der Landwirtschaft, die mit dem Angebot zurückhielt, bestens unterstützt. Die Stützungsstellen selbst griffen stärker in den Markt ein und bewilligten höhere Preise. So erklärt sich z.B. die Bewegung am Promptmarkt. An den Zeitmärkten war Weizen widerstandsfähiger als Roggen.

	29.10.	31.10.
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	191 - 193	192 - 194
Roggen	154 - 156	156 - 158
Braugerste	170 - 180	170 - 180
Futter- und Industriergerste	162 - 169	162 - 169
Hafer	132 - 137	132 - 137
Weizenmehl	23,50 - 27,10	23,50 - 27,10
Roggenmehl	19,60 - 22,00	19,80 - 22,10
Weizenkleie	9,00 - 9,40	9,00 - 9,40
Roggenkleie	8,25 - 8,60	8,25 - 8,60

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 202 - 201 (Vorstag 200 $\frac{1}{2}$), Dezember 206 - 205 $\frac{1}{2}$ (206), März 207 $\frac{1}{2}$ - 207 $\frac{1}{4}$ (208). Roggen Dezember 165 - 165 $\frac{1}{2}$ (166), März 166 $\frac{1}{2}$ - 167 (167 $\frac{1}{2}$), Hafer Oktober - bis 142 $\frac{1}{2}$ (138 $\frac{1}{2}$) März - (140).

SPD. Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berl. Eiernotierungskommission am 31. Okt.) A. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische gestempelte über 65 g 13, über 60 g 12, über 53 g 11,50, über 48 g 9,50, frische Eier über 53 g 10,50, aussortierte, kleine u. Schmutzeier 7,25 - 7,75. B. Ausländseier: Dänen u. Schweden 18er 11,50, 17er 11, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 10,50, leichtere 8-8,50, Estländer 18er 11, 17er 10,50, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 10-10,25, Bulgaren 8-8,50, Rumänen 7,75-8,50, Ungarn u. Jugoslawen 8,25-8,50, Russen normale 7,75-8, Polen normale 7,50-8, abweichende 7-7,25, kleine, Mittel- und Schmutzeier 6,50-7. C. In- und ausländische Kühlhauseier: grosse 7,50 - 7,75, normale 7. D. Kalkeier: Grosse 7,25 - 7,50, normale 6,75. Die Preise verstehen sich in Rpf je Stücl im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern u. Eieggrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: trübe. Tendenz: fester.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S. P. D.

Der Schwur.^x

=====

SPL. Die Luft ist frei! Das Wasser ist frei! Der Wald ist frei! - Die drei Rechte galten den Menschen der Erde als Selbstverständlichkeiten von Urbeginn. Die Adeligen des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation aber hatten solche Naturgegebenheiten in den Kot getreten, hatten Wasser, Luft und Wald gesperrt und die Jagd dem gemeinen Manne entzogen. Ja, sie hatten ihn gezwungen, zu dulden, dass Hirsche und Rehe sein Getreide abästen und die Wildschweine seine Felder zerwühlten. Und hohe und grausame Strafen, gar der Tod, standen auf dem Jagdfrevel. Doch dem Bauern galten Erde und Brot mehr als der Schrecken vor dem Herrengericht, und gar manches Getier fiel zwischen Abend und Morgen.

Das Anwesen des Bauern Sudhoff grenzte an den gräflichen Wald. Seine Felder litten unter den Sauen und Hirschen mehr als je. Und die kannten ihr Recht und liessen sich nicht schrecken durch Klapper und Geschrei. Da griff der Bauer mit hartem Grimme zum Eisen. Der Bolzen flog und stak im Leben eines starken Hirsches. Der Bauer sprang hinzu. Da, wie durch einen Zauber hergeweht, stand der Graf vor ihm. Schweigend und stumm. Nur seine Augen stachen mit kaltem und frohem Hohn auf den Sünder. Der Bauer erstarrte. Da hatte er in sein eigenes Leben geschossen. Und Weib und Kind verdarben, und seine Hufen kamen unter fremden Pflug. Eines Wahnwitzes wegen, eines Herrngelüstes wegen, die Gottes Donner längst hätte erschlagen müssen! Ein unsinniger Grimm wühlt in seinem Herzen und flammt sein Blut hoch - und mit einem Male springt er den Grafen an und fällt mit Wucht auf ihn, dass der Angegriffene rücklings zu Boden stürzt. Schwer liegt der Bauer auf ihm; seine Fäuste klammern sich eisern um den gräflichen Hals.

Das Ungeheure hat dem Gestürzten die Besinnung genommen. Er röchelt schwer. Ein Wort des Bauern reisst ihn aus den Wirren: "Herr Graf, Ihr wolltet mich in den Tod treten. Da wäre Euer Frevel grösser gewesen als der meine. So musste ich mich vor Eurer und Euch vor der göttlichen Gerechtigkeit bewahren. Ich habe Euer Leben unter mein Messer genommen. Schwört mir nun, dass Ihr mich nicht an Leib und Gut und Leben strafen wollt, und dass diese Stunde ausgelöscht sein soll aus Eurem Gedächtnis! So sollt Ihr Leben und mein Herr bleiben, und ich will fürder Euer Knecht sein, dessen Zunge nichts weiss von den Begebnissen dieses Abends!"

Der Graf schlug die Augen auf und hätte sie doch gleich wieder geschlossen mögen vor den Blicken, die wie zwei blanke Spiesse über ihm standen. Da fühlte er auch ein Messer an seiner Kehle; also sprach er den Schwur, wie der Bauer ihn verlangte und ihn vorsprach, Wort für Wort bis zum Gnade-Gott.

Danach liess ihn der Bauer, und der Graf stand auf, zerschlagen wie nach hartem und blutigem Strausse und müde wie ein alter Mann. Er hatte Rache und Recht in die Hände eines Bauern gegeben und sich selbst gebunden mit heiligem Schwur. Er hatte seine Herrenehre mit dem Wort eines gemeinen Bauern gemengt und sich gebeugt unter das Joch einer Knechtsnadel. Sein Stolz und sein Trutz waren zerbrochen wie ein dürrer Ast, der zu nichts nütze ist denn für das Feuer eines Hörigen. Seine herrische Würde war zerschunden wie fauler Zunder, und nichts war ihm verbleiben als seine nackte Wirklichkeit. Davor aber entsetzte sich der Graf. Er sah den Bauern nicht einmal an; er wandte sich ohne Dank und Gruss und schritt langsam in die Nacht hinein.

Doch auch der Bauer war nicht sehr froh. Zwar fürchtete er keinen Eidbruch des Grafen, aber ihm bangte doch, ob nicht gräfliche List und herrische Hinterhältigkeit ihm Fallstricke legten, darin seine Natürlichkeit sich fing. Die Hänke der Herren hatten sich alle Male stärker erwiesen als ein bäuerliches Recht.

Doch der Graf ging zu tief in Fesseln. Sein Wille war zerbrochen; der gerade Weg seiner Rache und seines Rechts war ihm durch seinen Eid verlegt. Da fand er nicht mehr die Kraft zu listigen und weit ausholenden Seitenangriffen. Die Nacht, die ihn unter die Füße des Bauern geworfen, war ihm zum vernichtenden Schicksal geworden, das ihn mit Vampyrarmen umklammerte, zermürbte und auszehrte. Er siechte hin und zerfiel wie morsches Gestein.

Ein paar Monde schleppte er sich hin. Dann hielt ihn das Bett, und er stand nicht wieder auf. Als er nun merkte, dass es dem Ende zuging, bat er, dass der Bauer Sudhoff vor ihn geführt und er mit ihm allein gelassen werde.

"Sudhoff", bat er dann mit schwacher Stimme, und seine Arme schwankten wie Reiser im Winde, und seine Augen irrlichterten in einem letzten Glanze, "Ihr habt mir meinen Willen genommen und meine Ehre und mein Recht. Und nun fahre ich hin und bin so gering geworden, als habe mich der Aussatz gezeichnet. Löset mich, dass ich in Ehren vor mein Geschlecht trete!"

Den Schmerz verstand der Bauer wohl, und er gab ihm nach: "Wenn ich Euch den Heimgang erleichtern kann, Herr Graf, so soll es wohl geschehen und binde ich Euch los von Wort und Schwur!"

Ketten fielen, und Decken barsten. Blut wallte hoch, und ein Wille erstand und stürmte. Ein Herrentum wurde lebendig und schrie nach seinem Rechte. Mit einem Ruck schnellte der Graf hoch. "Du Hund!" gellte es. "Her, dass ich dich erwürge!" Seine Hände schlossen vor wie krallende Geierfänge, und ein Hass flammte aus sprühenden Augen, wie abgeschnellt von lange gehaltener Bogensehne.

Der Bauer fuhr erschrocken zurück. Der wilde Schrei hatte die Gräflichen herbeigerufen. Sie sahen die Bangnis des Bauern, der seine Gewaffen in die Hände seines unerbittlichen Feindes gegeben, und sahen den Grafen in letzter aufflackernder Lebenskraft. Noch einmal schrie er: "Du...!" und fiel röchelnd zurück.

Die Augen verschlossen ihren Hass und der Mund seine Rache. Im letzten aufbrechenden Wetter war das Leben verstürmt und verwehte nun in die grosse Stille, die Hass und Liebe und Recht und Gericht mit in ihr ewiges und dunkles Schweigen hinabzog.

Wilhelm Lennemann.

Brot aus Steinen.X

SPD. Weit hinten in der Pfalz liegt ein kleines Dorf, dessen Name jeder deutsche Arbeiter ebenso kennen sollte wie den des "roten Wien": das "rote Steinbrecherdorf" Rammelsbach. Es ist in kleinem Masstabe das, was das "rote Wien" ist: ein Musterbeispiel sozialdemokratischer Verwaltungsarbeit. Mich selbst hat der "Prophet des roten Wien", Luitpold Stern, auf Rammelsbach aufmerksam gemacht, als ich ihn in der Rheinpfalz auf einer seiner Vortragereisen traf: "Fahren Sie doch einmal nach Rammelsbach und sehen Sie sich an, was da geleistet wird! Wir österreichischen Sozialdemokraten sind stolz auf unser "rotes Wien"; ihr deutschen könnt nicht weniger stolz sein auf das rote Steinbrecherdorf Rammelsbach!"

Und ich fuhr die Pariser Strecke über Kaiserslautern in den pfälzischen Westrich. Kurz vor der Saargrenze geht ein Zweigbähnchen nach Norden ab in

das schmucke Glantal. Felsige Hügelrücken tauchen auf, Steinbrüche, Schotterbrechwerke, in Granitstaub gehüllt, prasselnd, donnernd und knirschend. Dann türmt sich ein grauwandiges Felslager in Terrassen übereinander. Dahinter liegt an einem Hügel das rote Steinbrecherdorf Rammelsbach mit seinem berühmten Melaphyrbruch. Der Bruch gehört der Gemeinde, die in dem Bruch arbeitet und von ihm lebt. Diese Gemeinde hat eine sozialdemokratische Mehrheit und wird seit 12 Jahren von einem sozialdemokratischen Gemeinderat und Bürgermeister verwaltet. Seit 12 Jahren hat jede neue Wahl trotz wildester Angriffe von ultralinks bis ultrarechts die Leistung dieser Verwaltung bestätigt.

Der Rammelsbacher Kuselit- oder Melaphyrbruch ist einer der grössten Deutschlands. Er beliefert Pfalz, Baden, das Saargebiet, Rheinland, Westfalen, Schweiz, Holland und grosse Teile des deutschen Eisenbahnnetzes mit Schotter. In Berlin sind ganze Strassenzüge, in München ist der Frauenplatz mit dem harten, glatten, widerstandsfähigen Material von Rammelsbach bepflanzt. 200 000 Tonnen Pflastersteine, Schotter, Kleinschlag, Packlagesteine, Splitt, Grus und Sand brechen die Glantaler alljährlich aus ihren Brüchen.

Dieses Brechen ist keine leichte Arbeit, und die Rammelsbacher Steinbrecher wissen, was Arbeit ist, und wofür sie ihr Brot essen. 20 Pfund wiegt so ein Knüppel, mit dem die Knüppelschläger die riesigen graublauen Quadern zerspellen, als wären sie aus Lindenholz. Tausend Schläge am Tage, das sind 20 000 Pfund 2 Meter hoch gehoben oder täglich 200 Zentner hochgestemmt. Im Sommer sind Felsboden und -wände heiss wie eine Ofenplatte und im Winter kalt wie Eis. Aber all das ficht dieses Steinbrechergeschlecht nicht an; es ist kein verzärteltes Volk, das hier werkt. Die Grossväter haben hier schon Melyphyr zerspellt, und die Enkel wissen es nicht anders. Ihnen geht die Arbeit ein ganzes Stück leichter von der Hand, denn sie arbeiten im Bewusstsein, das Erbe ihrer Väter selbst zu verwalten, die Angelegenheiten ihrer Gemeinschaft selbst zu verantworten, nach den Grundsätzen einer Weltanschauung, für die schon ihre Väter kämpften, und die sie nun im Rahmen ihres kleinen Gemeinwesens selbst verwirklichen dürfen.

Leider haben die Rammelsbacher Sozialdemokraten ein nicht gerade vorbildlich verwaltetes Erbe von ihren bürgerlichen Vorgängern - Bauern, Geschäftsleuten und konfessionell orientierten Arbeitervertretern - übernommen. Der Steinbruch ist seinerzeit an den bayrischen Staat und an die Reichseisenbahn verpachtet worden und wird von einer gemischten Steinbruch-G.m.b.H. industriell ausgebeutet. Dass für Bürgerliche andre Gesichtspunkte massgebend waren als die Interessen der Arbeiterschaft, leuchtet ein; desgleichen, dass für eine bürgerliche Gemeindeverwaltung auch sonst die Dinge sich "einfacher" abspielen: man hat in diesen Schichten wenige Sorgen um die Beschaffung von Geldern für soziale Zwecke. Die Sozialdemokraten übernahmen einen ungünstigen Vertrag und ein Vacuum an sozialen Einrichtungen, noch dazu in einer wirtschaftlich ungünstigen Periode. Dennoch schuf eine gewissenhafte, vorbildliche Verwaltung in einem Jahrzehnt ein Gemeinwesen, in dem sich jeder in den Grenzen des Gegebenen ein menschenwürdiges Dasein aufbauen konnte. Jede neue Wahl hat diese Leistung erneut anerkannt. Nicht skrupellose Agitation, nicht geistiger und körperlicher Terror, nicht Charlatanerien und buntscheckige Versprechungen haben ein solches Vertrauensvotum bewirkt, sondern gewissenhafte Arbeit im Interesse der Arbeitnehmer und des Gemeinschaftsganzen, weit-schauende Fürsorge, kluge, sachliche Verwaltungsarbeit, kurz: positive, fruchtbare Leistung. Die Rammelsbacher Gemeinde war im letzten Jahrzehnt bahnbrechend in der Erstellung von Wohnungen. Die Beseitigung des furchtbaren Wohnungselends, an dem die bürgerlichen Vorgänger vergeblich herumgedoktert hatten, war eine Angelegenheit weniger Jahre. Die "Kritik" bürgerlicher und nationalsozialistischer Schreier - "Das Lumpenvolk braucht keine so schönen Wohnungen; die diese Häuser bauen, gehören an den Galgen!" - ist ebenso bezeichnend für die hübsche soziale Gesinnung jener wie für die Arbeit der Verwaltung. Die verkommenen Strassen wurden ausgebaut, Schulspeisungen ein-

gerichtet; eine gemeindliche Säuglingspflege, die Unterbringung der Schulkinder in Ferien- und Erholungsheimen wurde organisiert, die unentgeltliche Abgabe von Schulartikeln, die unentgeltliche Leichenbestattung durchgeführt, eine Haushaltungsschule für junge Mädchen errichtet. Neben diesen und vielen anderen sozialen Verwaltungsmassnahmen vertrat die rote Gemeindeverwaltung verantwortungsbewusst die Gemeinde in ihrem Vertragsverhältnis zu den industriellen Verwertern des Steinbruchs. Es war eine Neuheit für die bürgerlichen Vorgänger wie auch für die Steinbruchsunternehmer, das es sich nun plötzlich nicht nur um Pachtschillinge und dergleichen handelte, sondern auch um günstige Arbeitsbedingungen für die im Betrieb Arbeitenden. Die früher übliche Ausbeutung der jugendlichen und weiblichen Arbeitskräfte wurde beseitigt, und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse erfuhren eine so günstige Gestaltung, wie sie im Rahmen der privatkapitalistischen Ordnung überhaupt erreichbar war. Hält man sich vor Augen, dass all dies an einem in schlechtem Zustand übernommenem Erbe, in ungünstiger Wirtschaftskonjunktur, im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, trotz hemmungsloser Gegenagitation und in Partnerschaft mit keineswegs irgendwelcher sozialistischer Ambitionen verdächtigen Vertragsgegnern erreicht wurde, dann kann man das Gewicht dieser Leistung erst richtig einschätzen. Die roten Steinbrecher haben bewiesen, dass sie nicht nur Melaphyr spalten, sondern auch regieren können.

H.E.

----- Das autonome Katalonien.^x -----

SPD. Barcelona, diese schöne, europäische, südlich belebte Stadt ist aus einem sich in ständiger Rebellion befindenden Separatistenzentrum zur Hauptstadt der autonomen Provinz Katalonien geworden. Nach Erhalt des Statuts, das die Selbstverwaltung gewährt, gilt Katalonien als erstes Glied der künftigen Union der vereinigten Republiken Spaniens. Diese längst ersehnte politische Freiheit machte die leicht erregbare Stadt Barcelona zum Schauplatze sich immer wiederholender Festlichkeiten. Die katalonischen Abgeordneten des spanischen Parlaments wurden, als sie nach Proklamierung des Statuts aus Madrid zurückkehrten, wie Sieger in einem Triumphzug empfangen; nicht minder, oder noch mehr vielleicht, wurde der spanische Ministerpräsident, als Freund der Autonomie Kataloniens bekannt, bei seinem Besuch in Barcelona gefeiert. Es ist für einen Nordländer beinahe unmöglich, sich eine solche in Freude tau-
melnde spanische Stadt bei einem feierlichen Empfange vorzustellen. Barcelona feierte nicht nur die Gäste, nicht nur die Autonomie; es feierte sich selber.

Nun aber verklingen die Trompeten, die den Triumph blasen, und der Alltag tritt an die neue autonome Provinz heran. Nach einer ziemlich schweren Krise wurde das provisorische, schon früher amtierende Ministerium bei der Generalidad umgebildet. Am 20. November finden die Parlamentswahlen statt. Und nun erst kommen die inneren Schwierigkeiten ans Licht. Barcelona mit seiner Millionenbewohnerschaft ist eine Industriestadt, deren Arbeiter meistens der Confederation General de Trabajo, d.h. syndiko-anarchistischen Gruppierungen angehören. Die politisch mächtigste Partei Kataloniens ist die sich um den Präsidenten Macia gruppierende Izquierda oder "die Linke", eine liberal-demokratische Partei, keine Arbeiterpartei. Wie werden die Wahlen ausfallen? Die übrigen drei Provinzen Kataloniens, Gerona, Tarragona und Lerida, werden bestimmt eine überwiegende Mehrheit der "Linken" aufweisen, aber Barcelona selber? Wird sich die anarchistische Arbeiterschaft auf die Seite der "Izquierda" stellen oder, wie man vielfach befürchtet, die konservative Partei unterstützen? Die Frage ist von grösster Wichtigkeit, denn die Izquierda kann, wenn sie den Sieg erringt, lange an der Macht bleiben, nicht aber die

konservative Partei, deren Herrschaft dazu führen könnte, dass Barcelona zum Zentrum einer revolutionären kommunistisch-anarchistischen Bewegung würde, die von dort aus leicht um sich greifen könnte.

Ich benützte die Madrider Anwesenheit von Ventura Gassol, dem katalonischen Abgeordneten der Cortes und Unterrichtsminister, um an ihn einige Fragen über die gegenwärtige Lage in Katalonien zu stellen. Ventura Gassol erschien mir massgebend, denn er ist auch die rechte Hand des katalonischen Präsidenten Macia und ein Liebling der Katalanen.

Ventura Gassol äussert sich sehr optimistisch über das voraussichtliche Resultat der bevorstehenden Wahlen. Er meint, die Izquierda, der er selbst angehört, sei die unzweifelhaft stärkste Partei im Lande, und er glaubt, dass auf die 87 Abgeordnete, die das katalonische Parlament bilden werden, mehr als 60 der Linken entfallen werden. Die konservative Liga Regionaliste und die republikanische katalonische Partei seien keine ernste Gefahr. Die radikale Partei des bekannten spanischen Rechtsmannes Leroux sei so gut wie zerrieben in Barcelona. Die Sozialisten im katalonischen Parlament werden aus der Partei der "katalonischen Sozialisten" kommen, die mit der Izquierda alliiert ist.

Ich fragte Gassol, ob er nicht die Stellungnahme der C.T.N. befürchte, aber er meinte, ein grosser Teil dieser Gruppierung, d.h. die Syndikalistens, seien der Generalidad wohl gesonnen, und ob die Anarchisten, die unpolitisch sind, wirklich für die Rechtspartei stimmen würden, sei fraglich.

"Wie sind die Beziehungen der sozialistischen Gewerkschaften zur Izquierda?"

"Die U.G.T. (sozialistische Gewerkschaften) war uns nicht immer wohl gesonnen, aber in letzter Zeit unterstützten uns die Sozialisten in der Statutfrage. Wir fördern die sozialistische Gruppierung, die sich katalonisch nennt, weil wir nicht gern Parteien sehen, die von ausserhalb beeinflusst werden. Wir wollen nur katalonische Parteien im Parlament haben. Unser Internationalismus ist sehr tief verankert; wir wollen aber zunächst unser Land bestellen".

"Was hat die Generalidad bis jetzt in dieser Richtung unternommen?"

"Die zwei Hauptaufgaben, die sich die Generalidad stellt, sind die Hebung der Kultur und die Regelung der Arbeiterfrage. Auf dem Gebiete des Unterrichtswesens (das das eigentliche Gebiet von Ventura Gassol ist, und auf dem er sich grosse Verdienste erwarb) hat man zunächst alle Privilegien der bürgerlichen Kinder aufgehoben... Man sorgt für die weiteste Ausdehnung des Volksunterrichtes. 30 000 Schulplätze sind für Proletariatskinder geschaffen worden. Alle den Jesuiten konfiszierten Gebäude sind zu Schulzwecken verwendet worden. Neben der schon bestehenden riesigen Arbeiterschule Barcelonas beabsichtigt man im ganzen Lande Berufsschulen zu gründen, so beispielsweise eine Berufsschule für Grubenarbeiter. In dem berühmten Barceloner psychotechnischen Institut wird eine Abteilung zur Untersuchung der gesundheitlichen Berufseignung eröffnet."

"Und die soziale Gesetzgebung? Soziale Institutionen?"

"Dieses Gebiet blieb der Madrider Zentralmacht vorbehalten. Wir können eigentlich nur die erlassenen Gesetze ausführen, doch hoffen wir, dass ganz Spanien von uns auf den Weg des Fortschritts gestossen werden kann. Im Rahmen der heutigen Möglichkeiten beabsichtigen wir, Sanatorien für Arbeiter, Heime für arbeitende Frauen, Waisenhäuser usw. zu bauen. Aber vor allen Dingen billige Mietshäuser, von denen die ersten zwanzig bereits in Angriff genommen sind. Diese für Arbeiter bestimmten Häuser unterscheiden sich dadurch von andern dieser Art, dass sie nach neusten Anforderungen gebaut werden, zweckmässig, dabei schön und wohnlich."

Auf meinen Hinweis, dass mit alledem die Arbeitslosigkeit und die Not der Arbeiter nicht behoben werde, erwiderte mir Ventura Gassol, dass die

Barceloner Arbeiter, deren grösster Teil Textilarbeiter sind, von der Arbeitslosigkeit nicht sehr stark betroffen sind. Trotzdem erwägt man bereits ausgedehnte öffentliche Arbeiten, um der doch bestehenden Arbeitslosigkeit abzuhelpfen. "Vor allen Dingen ist derjenige, der unsere ganze Politik beseelt und repräsentiert, unser Präsident Macia, ein ausgesprochener Freund der Arbeiterklasse, deren Wohlergehen seine wichtigste Aufgabe bildet".

Damit schloss meine Unterredung mit dem katalonischen Minister und "Linksmann", und Ventura Gassol eilte zu einer Besprechung mit dem spanischen Ministerpräsidenten Azaña über die katalanischen Wahlen. Diese Wahlen werden erweisen, ob die Arbeiterschaft Barcelonas den Absichten der Generalidad Glauben schenkt und sich auf ihre Seite stellt.

Sophie Kramstyk.

Vom Raketenwagen zur "Todeswand".^x

SPD. Das ist die Geschichte des Ingenieurs Kurt C. Volkhart, der einmal das Auge der ganzen Welt auf seine Leistungen lenkte und heute auf den Rummelplätzen Westdeutschlands täglich an der senkrechten Todeswand einem sensationslustigen Publikum für 25 Pfennig Eintrittsgeld einen billigen - für die Zuschauer billigen - Nervenkitzel beschert. Es ist die Geschichte unserer schnell vergessenden Zeit, die Geschichte des Undanks, der noch immer der Welt Lohn ist.

Die Geschichte beginnt romantisch wie viele Schicksal unserer Generation. Volkhart ist als junger Mensch in Amerika; um als Automobilkonstrukteur und Rennfahrer sich die Sporen zu verdienen. Der Weltkrieg bricht aus. 1915 fährt der "Amerikaner" Volkhart nach Kopenhagen, wird Kraftfahrer und Flieger, stürzt ab, wird wiederhergestellt und landet nach dem Kriege als Oberingenieur bei den Steiger-Werken. Er konstruiert Wagen und fährt Rennen, hat sehr viel Pech und doch wieder manchen Erfolg. Sein Name wird bekannt beim Eifelrennen 1922, das damals noch bei Nideggen gefahren wurde. Der erste Preis in seiner Klasse fällt dem Steigerfahrer zu; er macht die schnellste Runde und fährt die beste Zeit des Tages. Es folgen Zweite Preise beim Semmeringrennen und beim Feldbergrennen 1922. Bei der Eifelrundfahrt 1924 fährt Volkhart als Konkurrent Caracciolas die schnellste Runde, hat Pech an einer Felswand, repariert selbst in der Dorfschmiede die verbogene Vorderachse, fährt nach zwei Stunden und 10 Minuten das Rennen weiter, holt von vier verlorenen Runden drei auf und wird Zweiter in seiner Klasse! Es kommen weitere Erfolge; es ist ein ständiger Kampf mit dem Material, mit der Tücke des Objekts, die immer wieder eingreift, wenn der Weg in die Reihe der "Kanonen" offen erscheint. Dann kommt die grosse Chance. Im Februar 1928 ist Volkhart bei Opel in Rüsselsheim als Ingenieur. Er hat gerade einen Spezialwagen gebaut, der grosse Sprünge aushalten soll. Volkhart setzt sich in die Kiste, springt im 120 Kilometer-Tempo von der schrägen Anfahrtsrampe aus 28 Meter weit und kommt noch eben heil davon. In jenen Tagen verhandelt Max Valier, der Pionier des Raketenmotors mit Opel. Volkhart baut mit Valier zusammen den ersten Raketenwagen der Welt und fährt als erster Erdenbewohner am 12. April 1928 auf dem allerersten Raketenwagen um die Opelbahn. Die Presse der ganzen zivilisierten Welt bringt sein Bild. Aber auch Fälschungen setzen schon ein. Man verschweigt teilweise Volkharts Namen.

Als auf der Avus-Bahn in Berlin der Raketenwagen - Volkharts eigene Konstruktion - der breitesten Öffentlichkeit gezeigt wird, fährt nicht Volkhart, sondern ein anderer. Volkharts Name wird unterdrückt. Und jetzt be-

ginnt ein erfolgloser Kampf. Volkhart bat selbst einen Raketenwagen, aber Sander, der Mann, der das Geheimnis der Raketenherstellung besitzt, liefert keine Raketen. Opel hat ihn durch einen Vertrag gebunden. Der Widerhall von Volksharts Pioniertat verlöscht langsam, und als Sander mit Opel auseinandergerät, ist es zu spät. Volkhart führt seinen eigenen Wagen noch auf dem Nürburgring, in Düsseldorf, in Berlin, in Oslo vor. Dann geht ihm das Geld aus. Wieder geht Volkhart auf die Rennbahn. Siege wechseln mit Misserfolgen, aber die Hauptsache gelingt nicht: der Mann, der als erster mit Raketen gefahren ist, kommt nirgends unter. Er hat sein Geld bei den Raketenexperimenten verloren. Er liegt auf der Strasse und sucht nach einer Stelle. Er sucht einen Wagen, der - aus bestem Material - wenigstens technisches Versagen ausschaltet. Er weiss, dass er mit einem solchen Wagen Erfolg haben wird. Aber die deutsche Automobilindustrie versagt. Kurt C. Volkhart, ehemaliger Fliegerleutnant, Rennfahrer, der sein Leben in die Schanze schlug um des technischen Fortschritts willen, findet erst nach langem Warten einen Vertrag, der ihm zu leben erlaubt. Er fährt auf rheinischen Kirmessen im Höllentempo an der senkrechten "Todeswand". Sein Name, den vor vier Jahren der Rundfunk in alle Welt hinaus rief, sein Bild, das die Zeitungen in Australien und Südafrika veröffentlichten, steht heute auf den bunten Anreisserplakaten neben "Moto-Hanny, das menschliche Wunder. Mensch oder Maschine", neben Kettenkarussells, Wahrsagern und Glücksbuden.

Hätte er Pech und stürzte er sich bei seinem gefährlichen "Beruf" zu Tode, so würde die ganze deutsche Presse vom tragischen Geschick eines "Pioniers des Fortschritts" schreiben. Aber der Mann lebt ja noch. Also schweigt man. Der Kapitalismus hat Volkhart gebraucht, der Kapitalismus braucht ihn nicht mehr. Was weiter aus ihm wird, ist den Herren einerlei!

E. Nacken.

SPD. Altchinesische Dichter.^X China rühmte sich im 8. Jahrhundert n. Chr., drei "Dichterfürsten" zu besitzen: Tu=Fu, Wang=Oey und Li=Tai=Pe, der als der grösste gilt. Alle drei standen zugleich im Staatsdienste. Tu=Fu war kaiserlicher Zensor, Wang=Oey Leibarzt, und ihm wird nachgerühmt, dass er bei einem Kampfe die Verwundeten auf dem Schlachtfelde verbunden habe. Li=Tai=Pe war sozusagen offizieller Hofdichter, bis er wegen Uneinigkeiten mit einem Eunuchen und seiner Haremsfavoritin seinen Abschied nahm. Er soll unmässig getrunken und seinen Tod dadurch gefunden haben, dass er bei einer Bootsfahrt im Rausch über Bord fiel und ertrank. Die Sage hat aber diesen Tod verklärt. Danach sollen himmlische Jünglinge erschienen sein, die herrlich gesungen hätten. Der Dichter sei dann auf dem Rücken eines riesigen Fisches aus den Wellen aufgetaucht, und die Jünglinge hätten ihn den Weg nach oben geführt. Die Chinesen bezeichnen Li=Tai=Pe als den "Unsterblichen, der zu trinken geliebt hat".

SPD. Die Anfänge des Weltverkehrs.^X Die älteste der internationalen Abmachungen auf dem Gebiete des Verkehrswesens ist der 1865 in Paris gegründete internationale Telegraphenverein, der alle europäischen Staaten umfasste. Dem folgenden Kongress in Wien wurden auch die asiatischen Verwaltungen angeschlossen. Der Weltpostverein wurde auf Veranlassung des deutschen Generalpostmeisters Stephan im Jahre 1879 in Bern gegründet. Dabei wurde ein einheitlicher Tarif für alle Länder ohne Rücksicht auf die Entfernung festgesetzt.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 84.

Berlin, den 31. Oktober 1931

Entscheidet sich!

SPD. "Früher war es besser!" Mit dieser fast nie deutlich ausgesprochenen, aber immer stillschweigend vorausgesetzten Parole wird auch dieser fünfte Wahlkampf des Jahres von den bürgerlichen Parteien einschließlich der Nationalsozialisten geführt. Was liegt denn auch für jene Leute näher als der Versuch, das "früher" wieder zur Gegenwart zu machen! Einige sehr deutliche Kostproben hat man uns schon zu schmecken gegeben. Ganz wie in vormärzlichen Zeiten schreibt man uns den Halsausschnitt unsrer Badekleidung vor. Militär- und Parademärsche sollen die Begeisterung - und keineswegs nur die der Frauen - für das bunte Tuch wieder erwecken. In der Politik haben die Generäle wieder das grosse Wort, und es wird so laut und vernehmlich mit dem Säbel gerätselt, dass es unsern Nachbarvölkern und auch uns selbst misstönend in den Ohren gellt. Nach dem Takte dieser Musik kurbelt man die Wirtschaft an oder behauptet wenigstens, das zu tun. Immerhin ist man nicht kleinlich und teilt, ganz wie zu Wilhelms Zeiten, Liebesgaben aus. Zölle und Steuergeschenke allein tun's nicht; nun soll auch noch die landwirtschaftliche Einfuhr eingeschränkt werden, um den Herren Agrariern die unangenehme Konkurrenz des Auslandes vom Halse zu schaffen. Unsere Industrieprodukte allerdings soll das Ausland kaufen. Es will dies zwar nicht immer. Aber mit Steuergutscheinen und notverordnetem Lohndruck hofft man, die Produktion schon ankurbeln zu können. Ob aber der deutsche Angestellte und Arbeiter überhaupt noch in der Lage ist, Waren zu kaufen, obwohl es ihm am nötigsten fehlt, das kümmert die adligen Herren fast ebenso wenig wie die Not von sechs Millionen Arbeitslosen und ihren Angehörigen. Die Hohenzollern haben eine feine Nase für die Wiederkehr so herrlicher Zeiten. Wo man drauf und dran ist, demokratische Volksrechte abzubauen, kann auch der Kaiserthron nicht mehr fern sein. So wenigstens hoffen die Hohenzollern. Aber sie werden sich täuschen. Sie werden sich ebenso täuschen wie alle diejenigen, die heute noch glauben, die kapitalistische Wirtschaft mit Rosstäuscherkunststücken über die Krise hinwegzubringen. Die werktätige Bevölkerung erkennt, dass nur der Umbau der Wirtschaft mit Kurs auf den Sozialismus eine Besserung bringen kann.

"Früher war es besser!" Mit diesem Gefühlstrick glaubt das Bürgertum, auch die Angestellten für sich gewinnen zu können. Früher, nicht wahr, da waren die Angestellten ein geachteter Stand, da stellte noch jeder was vor und trug sozusagen die goldene Füllfeder des Generaldirektors in der Aktentasche. Ein schöner Traum, der nur leider niemals Wirklichkeit war. Mit dem Anwachsen von Handel und Industrie wurden auch die Angestellten zu einem Massenberuf und nahmen teil am Massenschicksal des Proletariats. Und alle sozialen Rechte der Angestellten sind ebenso wie die der Arbeiter Erfolge erbitterter Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum. Sie konnten nur erreicht werden, weil die Sozialdemokratie und mit ihr die freien Gewerkschaften die Interessen der Angestellten in Staat und Wirtschaft vertraten. Und der brutale Angriff des Bürgertums auf alle Rechte der Werktätigen macht keineswegs halt vor der Angestelltenversicherung, vor Sonntagsruhe und Ladenschluss und vor den Kündigungsfristen der älteren Angestellten. Im Gegenteil, in der Angestelltenschaft, die betonter noch als die Arbeiter in einzelne Richtungen gespalten ist, glauben die Unternehmer, den besten Angriffspunkt, nämlich

den schwächsten Gegner, gefunden zu haben. - Nur in den freigewerkschaftlichen Angestelltenverbänden, die zusammen mit der Sozialdemokratie kämpfen, können die Angestellten ihre sozialen und wirtschaftlichen Forderungen wirksam vertreten.

"Früher war es besser!" Das sagt man vor allem den arbeitenden Frauen, den weiblichen Angestellten. Früher hattet ihr nicht nötig, tagsüber an der Schreibmaschine zu sitzen oder hinter dem Ladentisch zu stehen. Da bekam noch jede Frau ihren Mann und konnte als Hausfrau und Mutter ein zufriedenes Leben führen. Auch dieses historische Bild stimmt nicht ganz, aber wir wollen uns lieber einmal mit der Gegenwart beschäftigen. Herr Hitler hat jeder Frau einen Mann versprochen. Wie er dieses bevölkerungspolitische Kunststück fertig bringen will, hat er uns allerdings nicht verraten. Und ein nationalsozialistisches Fräulein Doktor Rabe empfiehlt den Frauen, sich doch von der Erwerbsarbeit zu emanzipieren. "Erst mal können wir lachen!" würde der Berliner hier sagen. Denn wie sieht es denn in Wirklichkeit aus? Nur ein verschwindend geringer Teil aller weiblichen Angestellten kann sich den Luxus von Berufsarbeit ohne wirtschaftlichen Zwang leisten. Für fast alle ist der tägliche Weg ins Büro und ins Warenhaus von der Notwendigkeit erzwungen, nicht nur sich selbst zu ernähren, sondern auch für die Familie zu sorgen. Wo ist noch ein Haushalt, der keine Arbeitslosen zählt? Und wie oft wird die Not noch erhöht durch die Arbeitslosigkeit auch der weiblichen Familienangehörigen? Wenn uns einmal eine Statistik zeigen würde, welche Bedeutung für die Lebensmöglichkeit unendlich vieler Familien das geringe und gegenüber dem Männergehalt noch ungerecht verkürzte Einkommen der oft noch so jungen weiblichen Angestellten besitzt, wir würden staunen, von welch schwachen und zarten Schultern die Sorge für die Familienerhaltung getragen wird.

Die weiblichen Angestellten, die mit Sozialdemokratie und freier Gewerkschaft und Schulter an Schulter mit den männlichen Arbeitskollegen den Kampf führen um soziale Rechte, um ausreichende Gehälter, um gleichen Lohn für gleiche Leistung, sie haben erkannt, dass der Weg zurück ein Trugbild ist, dass er in den Abgrund der weiteren Verelendung führen müsste. Die weiblichen Angestellten denken nicht daran, sich ihrer staatsbürgerlichen Rechte berauben zu lassen. Sie wissen, dass es freies Menschenrecht und wahre Lebensmöglichkeit nur in der sozialistischen Gesellschaft gibt, und sie muss erst erkämpft werden. Darum rufen sie ihren Arbeitskolleginnen und Schicksalgenossinnen zu: Kämpft mit uns gemeinsam um Arbeit und Brot! Geht mit uns den Weg zum Sozialismus!

Wählt alle Liste 2!

----- Heilige Mutterschaft.^x -----

SPD. Meine Mutter war Hebamme. Als ich fünf Jahre alt war, hatte ich keine Ahnung davon, was eine Hebamme sei, zumal da mir meine Grossmutter, die bei uns wohnte, auf meine "dummen Fragen" noch dümmere Antworten gab. Heute, nach mehr als vierzig Jahren, höre ich noch ganz deutlich Mütters Nachtglocke läuten. Mutter stand dann immer eilig auf, steckte den Kopf aus dem Kammerfenster und sprach mit jemandem da draussen mir unverständliche Worte, zog sich schnell an und ging. Geschah das in sturmdurchpeitschter Regennacht, in der ich kränkliches Kind meist keinen Schlaf fand, dann weinte ich und zürnte den Leuten, die mir die Mutter aus dem warmen Bette holten. Dann schalt die Grossmutter: "Heul' nicht, Mädels! Sei froh, dass die Mutter Geld verdient."

"Was macht Mutter denn, dass sie Geld verdient?" fragte ich erstaunt.

"Die Mutter? Sie - ja - -"

"So sag's doch, Grossmutter!"

"Hüte garniert sie."

"Was ist Hüte garnieren?"

"Na, das hast Du doch neulich gesehen, als Mutter Deinen Hut neu machte. Blumen und Bänder setzt sie drauf."

"Ach so, - aber jetzt, - mitten in der Nacht? Damit können die Leute doch warten, bis es Tag ist."

"Schlaf jetzt und frag' nicht so viel!" schalt die Grossmutter.

Immer rätselhafter wurde mir das. Wenn Mutter Hüte garniert, wozu braucht sie denn da die schwarze Tasche mitzunehmen, wo all die Sachen drin liegen, die so nach etwas "Schlimmem" rochen?

Noch unklarer wurde es mir, als ich eines Tages dazu kam, als Mutter in unserem Heim Schröpfköpfe setzte. Es gehörte in jener Zeit zum Hebammenberuf, Kranke zu schröpfen. Auf dem Tische brannte eine Spiritusflamme. Darüber hielt Mutter die gläsernen Dinger und setzte sie dann auf den breiten Rücken eines Mannes, einen neben den andern. Die sogen sich dann voll Blut. Mir graute, als ich das sah. Solch einen Widerwillen bekam ich vor der Mutter, dass ich davonlief, wenn sie mich wieder küssen wollte. - Ich wurde ernstlich krank. Ein böses Fieber jagte durch meinen Körper. Ich genas langsam, aber die Schwäche blieb, auch das Grauen vor der Mutter. Hätte mir die Grossmutter nun nicht einfache sagen können, die Mutter ist so ein bisschen was wie ein Doktor; sie hilft den kranken Müttern, wenn sie ein Baby bekommen? Ich hätte mich sicher besser darin zurechtgefunden, denn vor dem "Onkel Doktor" hatte ich gewaltige Respekt. Aber die Grossmutter blieb bei ihrem dummen Gerede vom Hütegarnieren auch, als ich schon längst zur Schule ging. Auch dort kicherte man, wenn ich sagte, meine Mutter sei Hebamme. Als ich 12 Jahre alt war, sah ich des öfteren wie junge Leute, die an unserm Hause vorübergingen, Mutters Schild: "Katarina Mohr, Hebamme", lasen und sich verstohlen lächelnd ansahen.

Mein Zustand wurde bald so bedenklich, dass Mutter mich hinausbrachte aufs Land. Herrlich war's in der Lüneburger Heide, wo mich nichts mehr an den Beruf der Mutter erinnerte. Mein bester Freund war der alte Schäfer Kraft. Wohl an die 90 Jahre war er alt. Und so herrlich wusste er zu erzählen! So manche Stunde habe ich bei ihm verbracht. - Eines Tages ging ich wie gewöhnlich zu ihm. Mittagssonne brütete über der Heide. In den Lüften geigten die Bienen. Der Alte sass oder lag vielmehr am Fusse eines Heidehügels. Die müde Greisenhand hing schlaff herab. Der Knotenstock war ihr entfallen. Der alte Schäfer schlief. Fest und tief. Friedlich weideten die Schafe. Sogar Pluto lag mit heraushängender Zunge wie schlafend da. Nein, ich hätte es nicht vermocht, den Alten zu wecken. Zielloos schlenderte ich durch die blühende Heide. Da erschreckte mich ein wütendes Gebell; es war weit draussen. Ein fremder Hund jagte eins der Schafe, das sich von der Herde entfernt hatte. Ich eilte hinzu, schrie und rief nach Pluto und dem Schäfer. Jetzt sah ich auch einen jungen Herrn auftauchen, der seinem Hunde pfiiff. Der aber rannte immer weiter dem Schafe nach. Plötzlich sah ich, wie das Schaf mitten am Wege zusammenbrach. Da liess der Hund das Tief in Ruhe. Sein Herr versetzte ihm einen Hieb mit dem Stocke, und dann eilten sie beide davon. Ich blieb bei dem blökenden Tiere, das recht krank zu sein schien. Es zuckte und zitterte am ganzen Körper, - hilfesuchend sah es mich an. Es wand sich in Schmerzen, und da -, meine Augen wurden gross und starr, - da unten beim Schwanz -, da quoll etwas heraus. Eine blutige Masse, die sich zuletzt als ein kleines Schäfchen entpuppte. Reglos lag es im Grase. Noch war ich ratlos vor Angst und Staunen, da stand auch schon der alte Schäfer neben mir. Ganz fürchterlich schimpfte er auf das Sauvieh von Hund. "Und grad' ein Muttertier hat's tappen müssen. - Solch schönes Lamm - und tot - fast ausgetragen!" jammerte er. "Na, so was! So was!" Zärtlich streichelte er das Schaf, das jetzt lang hingestreckt am Wege lag. "Ist es tot?" fragte ich ängstlich.

"Das Lamm ja, - aber die Alte nicht, - gottlob nein. Die ist nur hin vom Lamm. Armes Tier! - Ja, ja. So ist's, wenn man mal einnickt," schalt er sich und schüttelte fortwährend den Kopf.

"Ja, - kommen denn alle Schafe so zur Welt?" fragte ich, noch immer starr vor Staunen.

"Natürlich, Mädel. Nur leben sollen sie. Die Schafe genau wie die Menschen. Die Menschen haben's nur besser, - die haben die Hebamme dabei."

"Die Hebamme?"

Wie Schuppen fiel's mir von den Augen.

"Na ja. Deine Mutter ist doch Hebamme und eine sehr tüchtige sogar."

"Und die hilft den kranken Frauen dabei, dass sie nicht allzu sehr leiden müssen?" fragte ich erlöst.

"Natürlich. Hast Du denn das noch nicht gewusst?"

Endlich war mir das Rätsel gelöst. - Gesund an Leib und Seele reiste ich wieder heim zur Mutter und empfand nie mehr Widerwillen oder gar Abscheu, sondern sogar Hochachtung vor ihr und ihrer Arbeit.

Anna Mosegaard.

----- Warum sozialdemokratisch? -----

SPD. Die Frage ist schon früher nicht selten an mich gerichtet worden. Auch jetzt vor der neuen Wahl klingt sie mir wieder entgegen. Warum wählen Sie sozialdemokratisch? Ich antworte: "Ich habe viel Ungerechtigkeit in der Welt gesehen, viel Schaden, der durch diese Ungerechtigkeit in bezug auf die Lebensmöglichkeiten für den Einzelnen durch seine wirtschaftliche Benachteiligung entsteht, und ich glaube, dass der Weg, den die Sozialdemokratie weist, diese Ungerechtigkeiten, wenn nicht beseitigen, so doch mildern wird und dass andere Wege nicht zu diesem Ziele führen können. Ich wähle sozialdemokratisch, weil ich mich den arbeitenden und kämpfenden Massen innigst verbunden fühle, weil ich bei ihnen Eigenschaften finde, die ich in müden bürgerlichen Schichten oft vermisse, eine ehrliche Hingabe an das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den andern für den Aufstieg Kämpfenden, mit allen Unterdrückten, mit allen im Leben Benachteiligten. Ich wähle sozialdemokratisch, weil ich bei der sozialistischen Arbeiterschaft einen schöneren und festeren Glauben an die besten Menschheitsideale finde, an die Notwendigkeit der Gerechtigkeit und der die Menschen verbindenden Liebe über die willkürlich gezogenen Grenzen des Staates hinaus, und weil ich bei ihr echten Opfermut finde für die Hingabe an diese Ziele. Ich wähle sozialdemokratisch als Frau, weil die Sozialdemokratie, die ja für gleiche Menschenrechte kämpft, als erste diese Rechte auch in vollem Umfange für die Frauen gefordert hat und überall das Los der Frau als Frau, als Mutter, als Arbeiterin zu erleichtern und freundlicher zu gestalten sucht. Ich wähle sozialdemokratisch besonders aus meinem Muttergefühl heraus, weil die Sozialdemokratie überall, auf dem Gebiete der Gesetzgebung und im praktischen Leben, das Los der Kinder zu bessern sucht, ihnen bessere Pflege und Ernährung schaffen, sie gesundheitlich fördern, sie vor Ausbeutung schützen, ihnen Bildungsmöglichkeiten erschliessen will, und weil bei manchem guten Willen an anderer Stelle, den man anerkennen kann, keine andere Partei diese Kämpfe so unbeirrt und zielbewusst führt. Ich wähle sozialdemokratisch als Frau und Mutter, weil ich mich den Frauen und Müttern anderer Völker in meiner Frauenschaft und Mutterschaft verbunden fühle und mit ihnen alle Kriegsgreuel hasse, die den Mann einer Frau zwingen, den der andern, den Sohn einer Mutter den Sohn der andern zu töten, und weil keine andere Partei so zielbewusst wie die Sozialdemokratie Kriegsgreuel und Gewalttat im eigenen Lande bekämpft."

Man hält mir gern entgegen, dass die Sozialdemokratie dies Ziel ja auch nicht erreiche, dass dies Utopieen seien, unmöglich zu verwirklichende Ideale. Ich antworte, dass ich mir bewusst bin, dass nie ein Ideal ganz restlos im Leben verwirklicht wird. Wenn man aber deshalb aufhören wollte, in der Rich-

tung zu arbeiten, in der man dem Ideal näher kommt, dann würde man überhaupt nie weiter kommen im Leben. Dann würde die Menschheit zum Tierstall, in dem man mit dumpfem Bewusstsein dahin lebt ohne Streben und Hoffen. Und endlich, ich wähle sozialdemokratisch, weil es gilt, solche Parteien zu bekämpfen, die mir die Verkörperung der Ungerechtigkeit sind, indem sie die wirtschaftliche Ungleichheit die Benachteiligung des Einen zugunsten des Andern auf ihr Programm schreiben. Ich bekämpfe die Parteien der Standesunterschiede und bekämpfe am meisten die Parteien, die die Hetze bis zur Bluttat auf ihre Fahnen schreiben. Es erübrigt sich, diese Parteien zu nennen; jeder kennt sie. Ja, ich wähle sozialdemokratisch, und ich möchte zum 6. November allen Frauen zurufen: "Schwestern, macht es wie ich; wählt sozialdemokratisch!"

Henni Lehmann.

Eine deutsche Malerin.^x

SPD. Angelika Kauffmann, die am 5. November vor 125 Jahren starb, ist uns Deutschen besonders nahe gebracht durch ihre Bekanntschaft mit Goethe, der die Künstlerin in Rom traf und von ihr schrieb: "Mit Angelika ist gar angenehm Gemälde zu betrachten, da ihr Auge sehr gebildet und ihre mechanische Kunstkenntnis so gross ist. Dabei ist sie sehr für alles Schöne, Wahre und Zarte empfindlich und unglaublich bescheiden." Zu jener Zeit hatte Angelika Kauffmann schon einen weithin berühmten Namen. Goethes Gönnerin, die Herzogin Anna Amalie, nannte das Portrait, das die Malerin von ihr gemacht hatte, "die schönste Poesie, die man auf mich hätte machen können."

Angelika Kauffmann wurde am 30. Oktober 1741 in Chur in Graubünden geboren. Ihr Vater, der auch Maler war, bildete die begabte Tochter selbst aus, und als er mit der Vierzehnjährigen nach Mailand kam, erhielt sie schon Portraitaufträge. Nach dem Tode der Mutter gingen Vater und Tochter in die Heimat des Vaters, nach Schwarzenberg in Vorarlberg. Hier malten sie gemeinschaftlich die Dorfkirche aus, und die junge Künstlerin erregte grosses Aufsehen bei dem Bischof von Konstanz und dem Grafen von Montfort. Es fehlte ihr nicht an Aufträgen, aber es zog sie zurück nach Italien. Im Jahre 1763 lernte sie Winckelmann kennen. Der grosse Altertumsforscher gewann sie für das Studium der Antike, und ihre Kopien berühmter Gemälde erregten ebenso grosses Aufsehen wie ihre Originalgemälde.

Von 1766 bis 1781 ging Angelika nach England. Dort machte sie die Bekanntschaft der damals berühmtesten englischen Maler Reynolds und Gainsborough. Reynolds machte der schönen Frau, die nicht nur durch Anmut und Lieblichkeit alle Herzen gewann, sondern auch durch ihre schöne Stimme Aufsehen erregte, einen Heiratsantrag. Sie lehnte ab, denn sie hatte, wie man das ja zuweilen bei begabten Frauen findet, ihr Herz einem Unwürdigen geschenkt, der sich Graf Horn nannte und behauptete, aus Schweden zu stammen und politisch verfolgt zu sein. Mitleid kam zu der Liebe, und Angelika liess sich verleiten, Horn, in Abwesenheit ihres Vaters heimlich zu heiraten. Aber der angebliche Graf entpuppte sich als früherer Kammerdiener eines Grafen Horn, dessen Namen er angenommen hatte. Er war schon verheiratet und verschwand bald, nachdem er Angelika grosse Summen entwendet hatte. Das war ein schwerer Schlag für die empfindsame Frau. Sie zog sich in die Einsamkeit zurück und kehrte erst nach London zurück, als sie dort zum Mitgliede der Akademie der Künste ernannt wurde. Ihre Ehe mit Horn wurde für ungültig erklärt. 1781 erfüllte sie den Wunsch ihres Vaters und heiratete den italienischen Historienmaler Zucchi. Mit ihm und ihrem Vater kehrte sie nach Italien zurück. Nach Zucchis frühem Tode wurde Angelikas Haus der Mittelpunkt eines Kreises von Künstlern und Kunstfreunden, die in Rom lebten oder vorübergehend dorthin kamen. Goethe be-

schuldigt Zucchi, dass er zuviel Wert auf das Geld legte, das die Kunst seiner Frau einbrachte. Diese müsse so viel malen, dass sie keine Zeit hätte, ihre Kunst zu vertiefen. Aber er erkannte an: "Das Leichte, Heitere, Gefällige in Formen, Farben und Behandlung ist der einzig herrschende Charakter der zahlreichen Werke der Künstlerin. Keiner der lebenden Maler hat sie weder in Anmut der Darstellung noch in Geschmack und Fähigkeit, den Pinsel zu handhaben, übertroffen." Doch warf er ihr auch Mangel an Kraft und Leidenschaft des Ausdrucks an ihren Portraits wie in ihren Gemälden vor.

Angelika ist bis zu ihrem Tode künstlerisch tätig gewesen. Dabei blieb sie immer bescheiden und lebenswürdig, Umso grösser zeigte sich die Liebe und Verehrung ihrer Person, als sie starb. Kein Geringerer als der damals berühmteste Künstler Roms, der Bildhauer Canova, erhielt von der Stadt den Auftrag, die Künstlerin durch die Veranstaltung eines Leichenzuges zu ehren, wie er kaum einer Fürstin, geschweige denn einer anderen Frau je zuteil geworden ist. Ihre Büste fand im Pantheon ehrende Aufstellung. Ihr Selbstportrait hängt in der Sammlung der Künstler selbstbildnisse in Florenz. Unter den berühmten Malerinnen früherer Zeiten wird der Name Angelika Kauffmanns wohl stets an erster Stelle genannt werden.

Anna Bloss.

SPD. Reinigung von Blumenvasen.^x Das Reinigen irisierender Vasen, die heute, meist in Kugelform, einen beliebten Schmuck des Zimmer bilden, blieb meistens ohne Erfolg. Kein Mittel wollte helfen; das Glas, das sonst in allen Regenbogenfarben schillerte, blieb matt und stockig. Folgendes einfache Mittel wird nie versagen: Schneiden Sie eine kleine Kartoffel in ganz kleine Würfelchen und nehmen Sie vorerst die Hälfte davon in das Glas! Etwas Wasser wird dazu getan, und dann schütteln Sie die Vase tüchtig! Nach etwa 3 Minuten langem Schütteln spülen Sie mit klarem Wasser aus, und nun wird die zweite Hälfte Kartoffelwürfelchen benutzt. Nach dieser zweiten Behandlung werden Sie Ihre helle Freude an dem wie neu aussehenden Glase haben.

SPD. Beseitigung von Speiseresten.^x Töpfe, in denen Speisen angebrannt sind, sollen niemals ausgekratzt werden. Das Messer schädigt unfehlbar den Topf, ob dieser nun aus Aluminium oder Emaille besteht. Um den Topf so schnell wie möglich wieder gebrauchsfähig zu haben, gibt es ein einfacheres und unschädlicheres Mittel als das mühsame Auskratzen. Man lässt den Topf 2 Zentimeter hoch voll Wasser laufen, löst zwei Esslöffel Persil darin auf und stellt ihn lauwarm. Nach zehn bis zwanzig Minuten ist der Topf sauber. Auch mit Soda kann man Angebranntes losweichen, doch dauert es dann 12 bis 24 Stunden, bis der Topf wieder gebrauchsfertig ist.

SPD. Erneuerung von Kinderhosenträgern.^x Ausgediente Hosenträger an Seppel. hosen für kleine Knaben kann die Mutter selbst hübsch neu machen. Sie häkelt aus einer farbigen Wolle Streifen in der Länge und Breite der Hosenträger und näht sie auf die alten Träger auf. Dann wird in einer dazu passenden Farbe das Mittelstück des Hosenträgers gleichfalls überhäkelt und dieses mit sechs der bekannten Wollblümchen geschmückt. - Natürlich kann man auch auf kräftigem Gurtband einen solchen bunten Hosenträger arbeiten, der in fröhlichen Farben weit netter und kleidsamer wirkt als die bekannten Tiroler Träger mit dem üblichen Edelweiss.